

Bericht  
des Instituts für Demoskopie.

### Zur Methode.

Die Ergebnisse der Umfrage der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft basieren auf der Befragung von 2000 Angehörigen der deutschen Bundesrepublik. Die erwachsene Bevölkerung des Bundesgebietes zählt etwa 30 Millionen. Können 2000 Interviews über ihre Meinung repräsentativen Aufschluß geben?

Die Erhebungs-Methoden der Meinungsforschung stützen sich wie die amtliche Repräsentativ-Statistik auf das Gesetz der großen Zahl. Nach dem Gesetz der großen Zahl ist bei der Befragung eines statistisch repräsentativ zusammengesetzten Querschnitts von 2000 Einwohnern der Bundesrepublik mit einem Standard-Fehler der Ergebnisse von  $\pm 1,2$  v.H. zu rechnen. Bei der Auswahl der Befragten mit Hilfe von genauen Quoten-Anweisungen für die Interviewer ist äußerste Sorgfalt darauf verwandt worden, daß die Befragten-gruppe insgesamt nach Regierungsbezirken, Wohnortgrößen, Geschlecht, Alter und sozialer Schicht in ihren Proportionen der Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung entspricht. Zusammen mit den Ergebnissen der Umfrage ist auch die statistische Zusammensetzung der Befragtengruppe einzeln aufgeführt.

422 Interviewer haben an dieser Umfrage mitgewirkt. Neben der Registrierung der einfachen Antworten wurde besonderes Gewicht auf die Erläuterung oder Begründung der Meinungen durch die Befragten und das wörtliche Mitschreiben ihrer Kommentare durch die Interviewer gelegt. Gegenüber unechten Interviews - Frageformularen, die ohne Befragung vom Interviewer selbst am Schreibtisch ausgefüllt werden, und die die große Gefahr für die Meinungsforschung mit Hilfe mündlicher Interviews darstellen - schützte ein besonderes Kontroll-Verfahren, das in den Vereinigten Staaten entwickelt worden ist.

## I.

Diese Umfrage war ein - nach Umfang und Tiefgang - energisches Experiment. 2 100 Menschen in Westdeutschland und Berlin, nach ihrer statistischen Zusammensetzung ein verkleinertes Abbild der Gesamtbevölkerung, wurden beinahe rücksichtslos vor ein Massiv wirtschaftspolitischer Probleme gestellt, um ihre Meinung zu sagen. Obwohl bei der Formulierung der einzelnen Themenkreise das Bestreben nach Vereinfachung waltete, wurde gleichzeitig Wert darauf gelegt, das volle Gewicht der Fragen zu erhalten - eine Planung also, die auf hohem Niveau stattfand, und die die Gefahr des Fehlschlags einschloß. Die langen Jahre der Diktatur, dieses Prüffeld auf die Wirksamkeit der Propaganda, haben die Überzeugung von der Trägheit der Masse befestigt; bewußt und unbewußt unterstellen die formenden Kräfte der Gegenwart, daß die breitere Öffentlichkeit nicht urteilsfähig sei.

Für diese Ansicht läßt sich viel Material aufbringen. Dennoch ist zu beobachten, daß sich ein Wandel anbahnt. Die politische Lethargie hat den tiefsten Punkt überwunden. Lust zu neuer Aktivität entsteht, und die Neigung, den eigenen Sinn zu betätigen, drückt sich auch bei den Enttäuschten, den Abgewandten wieder aus. Es handelt sich nicht um eine Zunahme der Einsicht oder Intelligenz, sondern nur um die Bereitwilligkeit, erneut in die Debatte zu gehen : wohin der Weg führen soll, steht durchaus offen.

Diese Belebung, deren Ursachen auch in der physischen Erholung zu suchen sind, kam dem schwierigen Charakter der vorliegenden Untersuchung zugute. Sie verfiel nicht der Abweisung (was etwa vor einem Jahr wahrscheinlich gewesen wäre). Die Erfahrungsberichte von rund vierhundert Interviewern des "Institut für Demoskopie", die an dieser Befragung mitwirkten, heben oft hervor, welchem Interesse die einzelnen Kapitel begegneten, und wie gleichsam emsig das Bemühen war, den sachlichen Gehalt aufzunehmen, zu verarbeiten. Allein in dieser Hinsicht stellt die Arbeit einen wertvollen Versuch dar : sie deutet einen neuen Index der durchschnittlichen Teilnahme am politischen Gegenstand an.

Hier von ist bei Bewertung und Einordnung der Ergebnisse auszugehen. Sie werden für manche Experten überraschend sein. Das darf nicht verwirren : die Vorherrschaft der Ideologie in der offiziellen Politik hat zwischen deren Institutionen und der öffentlichen Meinung ein Vakuum aufgerissen, in dem der Einzelne mit seinen Wüten, seinen Anliegen, seiner Gläubigkeit und Skepsis taumelt : er verhörtet sich in dem Gefühl, daß seine Lebensangst heimatlos bleibt, ohne nur einen Anwalt zu finden. Nach einem halben oder ganzen Jahrhundert doktrinärer Verkündigungen sucht er nicht mehr das Ideal in der Zukunft, sondern die reduzierte Erfüllung innerhalb der Zeitrechnung zwischen Geburt und Tod. Diese psychologisch so verständliche Haltung erzeugt die wachsende Reserve gegenüber dem Unerprobten - und die Zuneigung, ja, das Vertrauen zu dem, was Verwandtschaft mit der Überlieferung hat.

Die Umfrage wurde im Anschluß an die ersten Wahlen zum westdeutschen Parlament durchgeführt. So ergänzt sie in mancher Hinsicht deren Resultat. Sie macht anschaulich, welche Wünsche und Forderungen die Abgabe der Stimmzettel begleiteten.

x

Das Interview knüpfte am Tagesgeschehen an. "Haben Sie sich an der Wahl zum westdeutschen Bundestag beteiligt?" Diese Eröffnungsfrage hatte doppelten Sinn. Sie zielte auf eine Kontrolle der Untersuchungs-Ergebnisse: denn die Antworten mußten (innerhalb der Standardfehlergrenze von etwa 3 v.H.) das tatsächliche Abstimmungsverhältnis spiegeln. Die echte Beteiligung an der Bundestagswahl betrug 79 v.H. Demgegenüber hatten 80 v.H. der Versuchspersonen ihre Stimme abgegeben.

Zugleich sollte diese Frage ermitteln, aus welchen Antrieben die Masse ihr Wahlrecht ausgeübt oder nicht ausgeübt hatte, ferner schien es erforderlich, die Figur des Nichtwählers nach einer Reihe soziologischer Merkmale zu skizzieren. Die folgenden (gekürzten) Tabellen lockern das pauschale Bild des amtlichen Wahlergebnisses ein wenig auf.

---

Die Nichtwähler - also 20 v.H. der Gesamtgruppe - wurden gefragt:

"Warum haben Sie sich nicht an der Wahl zum westdeutschen Bundestag beteiligt?"

Allgemeine politische Interesselosigkeit .....	41 %
Persönliche Umstände (Behinderung durch Krankheit, Reisen etc.) .....	34 %
Kritik an den Parteien .....	23 %
Hinweise auf Herrschaft der Besatzungsmächte ...	2 %

---

Abneigung und Feindseligkeit gegenüber der Politik liegen an der Spitze, meist innerpolitisch, seltener gegen die Okkupationsmächte gemünzt. Es gehörte zur Methode dieser Untersuchung,

von den Befragten jeweils eine Erläuterung ihres Verhaltens, ihres Standpunktes zu erlangen. Die Nichtwähler äußerten sich überwiegend aggressiv.:

"Das ewige Getute und Geschrei ist mir über, auch meinem Mann" - Frau eines Maschinenwärters, unter 30 J., Nordrhein-Westfalen.

"Ich will nicht noch einmal vor eine Spruchkammer kommen" - Landarbeiter, 30-50 J., Hessen.

"Keine der Parteien hat bisher irgend etwas für uns getan; ich bin Flüchtling" - Arbeitsloser Ingenieur, 30-50 J. - Schleswig-Holstein.

"Das hat doch alles keinen Zweck. Die oben sitzen, machen doch, was sie wollen" - Rentner, über 65 J., Bremen.

"Weil ich die nicht wählen will, die mich bestraft haben, nur weil ich ab 1942 bei der NSDAP war" - Kaufmann, 50-65 J., Bayern.

Sind die Nichtwähler eine qualifizierte Opposition, oder sind sie eine bunt gewürfelte Versammlung von Gleichgültigen, Verärgerten - von gebrannten Kindern?

	<u>Wähler</u>	<u>Nichtwähler</u>
Gesamt .....	80 %	20 %
Männer .....	82 %	18 %
Frauen .....	79 %	21 %
Altersgruppen:		
Unter 30 Jahre .....	76 %	24 %
30 - 50 Jahre .....	81 %	19 %
50 - 65 Jahre .....	84 %	16 %
65 Jahre und älter .....	83 %	17 %
Schulbildung:		
Volksschule .....	81 %	19 %
Mittlere Reife .....	84 %	16 %
Abitur .....	78 %	22 %
Beruf:		
Arbeiter .....	79 %	21 %
Landarbeiter .....	82 %	18 %
Angestellte .....	82 %	18 %
Beamte .....	88 %	12 %
Landwirte, Bauern .....	80 %	20 %
Selbständige i. Handel u. Gewerbe .....	80 %	20 %
Freie Berufe .....	89 %	11 %

Es fällt auf, daß die Frauen, die Altersgruppe unter 30 Jahren, die Angehörigen der oberen Bildungsschicht (Abitur) und die Arbeiter die stärksten Kontingente der Nichtwähler stellen. Die niedrigste Wahlbeteiligung überhaupt erreichen Personen mit einem Monatseinkommen von weniger als 50 D-Mark (69 v.H.), die absolut höchste Personen mit einem Monatseinkommen von mehr als 500 D-Mark (94 v.H.). So besitzt die Gruppe der Nichtwähler weitgehend indifferente Züge; in ihr versammeln sich politisch passive, unerfahrene Elemente verschiedener, aber meist minderer sozialer Stellung. Die Nichtwähler mit Abitur nehmen eine Sonderstellung ein; ihre Enthaltung kann sich auf echte Kritik zurückführen. (Die Wähler mit Abitur haben auch relativ am häufigsten - 10 v.H. - für parteilose Kandidaten gestimmt.)

Hinter dem Fünftel der Nichtwähler stehen keine Überraschungen. Die hohe Beteiligung an der Bundestagswahl wurde im In- und Ausland als Bekenntnis zur Demokratie interpretiert; im Zusammenhang erschien es notwendig, festzustellen, welche Intensität und welche Gesinnung hinter dieser Stimmabgabe wirkten. 93 v.H. der Wähler hatten sich für eine der Parteien, 7 v.H. für einen parteilosen Kandidaten entschieden.

-----  
 Wähler, die für eine Partei gestimmt hatten, wurden gefragt :

"Glauben Sie, daß diese Partei die Entwicklung zum Guten wenden könnte, oder haben Sie diese Partei nur als das kleinere Übel gewählt?"

Gesamt-Gruppe :

	Zutrauen zu Partei	Klein-eres Übel	Unentschieden	Wähler parteiloser Kandidaten	Nichtwähler
Gesamt .....	47 %	22 %	6 %	5 %	20 %
Männer .....	50 %	23 %	4 %	5 %	18 %
Frauen .....	45 %	21 %	7 %	6 %	21 %
Altersgruppen:					
Unter 30 Jahre ...	42 %	22 %	5 %	7 %	24 %
30 - 50 Jahre ...	46 %	24 %	7 %	4 %	19 %
50 - 65 Jahre ...	53 %	21 %	6 %	4 %	16 %
65 Jahre u. älter..	56 %	14 %	5 %	8 %	17 %
Schulbildung:					
Volksschule .....	50 %	19 %	7 %	5 %	19 %
Mittlere Reife ...	43 %	32 %	4 %	5 %	16 %
Abitur .....	40 %	26 %	4 %	8 %	22 %

-----

Etwa die Hälfte der Versuchspersonen gibt den Parteien politischen Kredit; ein Befund, der in anderen Ländern ähnlich liegen dürfte. Die Differenz zwischen den Altersgruppen ist bemerkenswert : offen bleibt, ob die schärfere Distanzierung der jungen Generation eine Nachwirkung des Nationalsozialismus, eine Folge mangelnder Kenntnis der demokratischen Regeln oder eine Frucht eigener Überlegungen darstellt. Es wird sich noch Gelegenheit finden, diese Spuren zu verfolgen.

x

Immerhin ist die Politik in Deutschland diskreditiert, aus vielfältigen Ursachen. Welche Argumente auch immer bei der Intelligenz gezählt haben mögen - ihr verächtliches Ansehen bei der Masse resultiert aus dem endlichen Mißerfolg des Krieges. Man muß sich erinnern, daß der kritisch nicht oben begabte Deutsche in den letzten zehn Jahren alle Stadien des nationalen Bewußtseins kennen gelernt hat; er hat - mit Hilfe der Propaganda - von der Weltherrschaft geträumt, und er ist - wiederum nicht ohne Hilfe von Propaganda - bis in koloniale Minderwertigkeitsgefühle abgesunken. Diese Veränderungen geschahen sehr rasch, kaum reichte die Zeit, nur die Tatsachen zu begreifen.

Die Frage "Glauben Sie, daß Deutschland noch eine politische Zukunft hat?" ist ein Test auf die Mentalität, oder, besser gesagt, auf das Quantum Selbstbewußtsein, mit welchem im Augenblick gerechnet werden kann. Es erscheint als Mangel, daß Vergleichszahlen aus den Jahren 1945, 46 und 47 nicht verfügbar sind; aber die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß damals ein besonders niedriger Stand solcher Gläubigkeit gemessen worden wäre. Die Antworten, die diese Frage nunmehr erzielte, sind erstaunlich : nur 17 v.H. verneinen resigniert. Weitere 21 v.H. waren unentschieden. Aber fast zwei Drittel - 62 v.H. - erklären rundheraus: "Ja".

"Allerdings wird es noch eine Zeit dauern" - Landwirt-  
tochter, unter 30 J., Niedersachsen.

"Aber selbstverständlich, sogar schon recht bald" -  
Brauereikutscher, 50-65 J., Schleswig-Holstein.

"Sobald die Besatzungsmächte abziehen" - Büroangestell-  
te, unt. 30 J., Baden.

"Wenn einmal Friede herrscht, wird auch Deutschland in der Welt gewinnen" - Frau eines Handwerksmeisters, 30-50 J., Baden.

"Im Rahmen eines vereinigten Europa" - Steuerberater, 50-65 J., Niedersachsen.

"Warum nicht? Die Einheit muß nur wieder hergestellt werden" - Arbeitsloser, 30-50 J., Nordrhein-Westfalen.

"Nur dann, wenn keine Parteizersplitterung einsetzt" - Bäckermeister, 30-50 J., Niedersachsen.

"Das Ausland muß natürlich wieder volles Zutrauen gewinnen" - Kaufmann, 30-50 J., Bayern.

"Wir kommen wieder hoch, weil wir gebraucht werden" - Schweißer, 30-50 J., Nordrhein-Westfalen.

"Wenn ein vernünftiger Mann kommt, der uns führt" - Hausfrau, 30-50 J., Nordrhein-Westfalen.

Leichte Einschränkungen, Vorbehalte, Bedingungen sind fast regelmäßig eingeschaltet. Die Frauen, depressiven Einflüssen leichter ausgesetzt, sprechen skeptischer als die Männer, und die alten Leute haben weniger Hoffnung als die Jugend. Die Zuversicht steigt auch mit der Schulbildung: Befragte, die eine Volksschule besuchten, sagen zu 60 v.H. "Ja, hat eine Zukunft", solche mit Mittlerer Reife zu 64 v.H., diejenigen mit Abitur zu 70 v.H. So wie die Beamten nahezu die höchste Wahlbeteiligung aufwiesen (88 v.H.), so liegen sie auch diesmal an der Spitze (74 v.H.).

Es ist immer leichter, eine negative Einstellung zu begründen; so sind die Kommentare der Zweifler temperamentvoller, auch schroffer argumentierend.

"Wir sind und bleiben ein Kolonialvolk, das die anderen ausbeuten" - Modellschreiner, 30-50 J., Württemberg.

"In den nächsten hundert Jahren nicht mehr" - Landarbeiter, 30-50 J., Niedersachsen.

"Wir sind vieler Provinzen beraubt, Krieg und Demontage nagen an der Industrie, wir sind an vier Herren verkauft" - Invalidenfrau, üb. 65 J., Hessen.

"Wir sind nur Spielball der Anderen. Ihr Ziel, uns alle zu vernichten, haben sie trotz humaner Behandlung nicht aus dem Auge gelassen" - Angestelltenfrau, 30-50 J., Schleswig-Holstein.

Nahezu durch alle Aufgliederungen des Gesamt-Resultats bleibt aber die Majorität der Optimisten bestehen. "Es geht doch schon wieder aufwärts", heißt es gelegentlich, und es ist nicht zu

verkennen, daß dieser Unterton manchmal bis zu einer gewissen Selbstgefälligkeit durchschlägt. Die Fülle der wörtlichen Begründungen zeigt überhaupt eine Entlastung der Stimmung : die Kriegsfurcht scheint zunächst gebannt. Wohl fallen Äußerungen wie "Weiß Gott, was noch alles passiert", aber die direkte Erwartung neuer militärischer Handlungen, die in politischen Umfragen der letzten Jahre eine entscheidende Rolle spielte, tritt kaum hervor.

-----  
 "Glauben Sie, daß Deutschland noch eine politische Zukunft hat?"

	JA	NEIN	UNENTSCHEIDEN
Gesamt .....	62 %	17 %	21 %
Männer .....	68 %	16 %	16 %
Frauen .....	55 %	18 %	27 %
Altersgruppen:			
Unter 30 Jahre .....	63 %	16 %	21 %
30 - 50 Jahre .....	60 %	20 %	20 %
50 - 65 Jahre .....	65 %	14 %	21 %
65 Jahre und älter .....	55 %	18 %	27 %
Schulbildung:			
Volksschule .....	60 %	17 %	23 %
Mittlere Reife .....	64 %	19 %	17 %
Abitur .....	70 %	19 %	11 %
Beruf:			
Arbeiter .....	62 %	15 %	23 %
Landarbeiter .....	62 %	14 %	24 %
Angestellte .....	63 %	18 %	19 %
Beamte .....	74 %	15 %	11 %
Landwirte, Bauern .....	59 %	17 %	24 %
Selbständige i. Handel u. Gewerbe .....	61 %	17 %	22 %
Freie Berufe .....	61 %	21 %	18 %
Monatseinkommen:			
50 - 150 DM .....	59 %	18 %	23 %
150 - 250 DM .....	63 %	14 %	23 %
250 - 350 DM .....	63 %	20 %	17 %
350 - 500 DM .....	62 %	19 %	19 %
500 DM und mehr .....	61 %	18 %	21 %
Politische Orientierung:			
CDU/CSU .....	71 %	9 %	20 %
SPD .....	68 %	11 %	21 %
FDP .....	65 %	13 %	22 %
KPD .....	76 %	10 %	14 %

-----

Während sich in dieser Tabellierung kaum heftige Schwankungen zeigen, weichen die Antworten der Wähler und Nichtwähler erheblich voneinander ab. Die Wähler sind zu 65 v.H. davon überzeugt, daß Deutschland eine politische Zukunft habe; die Nichtwähler nur zu 46 v.H. Entsprechend sagen nur 16 v.H. der Wähler "Nein", gegenüber einem vollen Viertel (25 v.H.) der Nichtwähler; auch sind die Nichtwähler zu 29 v.H. unentschieden (Wähler : 19 v.H.)

Je besser die Vorbildung - und somit auch der politische Überblick, die politische Information - und je lebhafter die politische Anteilnahme, um so größer der Optimismus hinsichtlich der deutschen Entwicklung. Es wurde schon betont, daß diese Frage als Test auf die herrschende Mentalität, auf die Stimmung des Augenblicks zu werten sei. Danach ist die Gemütsverfassung des Zusammenbruchs nahezu abgelöst : neben der physischen hat auch eine seelische Erholung stattgefunden.

x

Ist das Selbstbewußtsein, von dem gesprochen wurde, eine leere, besser : eine hohle Form, und werden nur Bedingungen an die auswärtige Adresse gestellt, oder gibt es auch eine Erkenntnis der eigenen Verpflichtung? Wer repräsentiert die Gemütsverfassung dieses Volkes : jener fünfundsechzigjährige Jurist aus Niedersachsen, der bündig erklärt "Man kann ein 60-Millio-nenvolk nicht einfach ignorieren", oder jener Torfarbeiter, der an eine deutsche Zukunft glaubt, "wenn die Spielregeln der Demokratie nicht vernachlässigt werden"? Bittere Worte fielen, aber auch einsichtige Sätze. Wie stellen sich die Menschen ihre Beziehungen zur Umwelt vor?

-----  
 "Halten Sie es für richtiger, daß die Deutschen von sich aus den Versuch unternehmen, ein für alle Mal ein friedliches Verhältnis zu den übrigen Völkern herzustellen, oder meinen Sie, wir sollten die Initiative den Anderen überlassen?"

	Für deutsche Initiative	Gemeinsames Vorgehen von In- u. Ausland	Für Initiative des Auslands	Für Abwarten	Unentschieden
Gesamt .....	64 %	3 %	10 %	14 %	9 %
Männer .....	64 %	4 %	11 %	16 %	5 %
Frauen .....	64 %	2 %	10 %	12 %	12 %
Altersgruppen:					
Unter 30 Jahre .....	63 %	3 %	11 %	16 %	7 %
30 - 50 Jahre .....	64 %	3 %	11 %	13 %	9 %
50 - 65 Jahre .....	65 %	2 %	10 %	14 %	9 %
65 Jahre u. älter .....	60 %	4 %	9 %	16 %	11 %
Schulbildung:					
Volksschule .....	64 %	2 %	11 %	13 %	10 %
Mittlere Reife .....	67 %	2 %	9 %	16 %	6 %
Abitur .....	55 %	6 %	11 %	21 %	7 %
Politische Orientierung:					
CDU/CSU .....	66 %	2 %	9 %	15 %	8 %
SPD .....	71 %	2 %	10 %	12 %	5 %
FDP .....	68 %	3 %	7 %	16 %	6 %
KPD .....	70 %	3 %	8 %	8 %	11 %

-----  
 Die Mehrheit ist für deutsche Initiative : aber die Beweggründe sind eine chaotische Landschaft, in der sich Gereimtes und Ungereimtes, Mißtrauen, Hochmut, echte Besorgnis um das vaterländische, das europäische Schicksal versammeln. Gerade das Mißtrauen erhält in den Kommentierungen weiten Raum, und es richtet sich dann gegen die "Anderen" - kein Zweifel, daß diese deutsche Neigung durch die Nachkriegsjahre über alles Maß gesteigert worden ist.

"Damit müßten wir anfangen und dazu erzogen werden" - Schmied, 30-50 J., Bayern.

"Uns bleibt ja gar nichts anderes übrig" - Steinsetzmeister, 50-65 J., Bremen.

- "Um auch unseren guten Willen zu zeigen" - Rentnerin, 30-50 J., Niedersachsen.
- "Weil der Gegner merken soll, daß wir an friedlichen Lösungen interessiert sind" - Ingenieur, über 65 J., Bayern.
- "Wir müssen das nur endlich beweisen dürfen" - Drogist, 30-50 J., Berlin.
- "Für den Frieden ist kein Opfer zu groß; ich bin Weltbürger" - weiblich, mithelfend in der elterlichen Landwirtschaft, 30-50 J., Bayern.
- "Wenn wir uns auf andere verlassen, sind wir von vornherein verlassen" - arbeitslose Schneiderin, 30-50 J., Niedersachsen.
- "Ist aber aussichtslos" - Lederarbeiter, 50-65 J., Bayern.
- "Wir müssen schon den Anfang machen, die anderen sind stärker" - arbeitsloser Lagerarbeiter, unter 30 J., Bayern.
- "Aber erst nach Abzug der Besatzungen" - Lehrerin, 50-65 J., Nordrhein-Westfalen.
- "Aber es ist eine Frage, wie sich andere Staaten dazu stellen, z.B. Frankreich" - Verwalter, 30-50 J., Niedersachsen.
- "Ja, die sollen sehen, daß wir den Krieg 'dick' haben" - Knecht, unter 30 J., - Bayern.
- "Wir tragen die Schuld am Krieg, wir müssen nun alles versuchen, die Sache wieder gut zu machen" - Monteur, 30-50 J., Württemberg.
- "Die Frage ist beinahe überflüssig; wir wollen es schon lange, es scheitert nur an den Besatzungsmächten" - männlich, im Ruhestand, 50-65 J., Schleswig-Holstein.
- "Auf andere ist kein Verlaß" - Arbeitsloser, 30-50 J., Schleswig-Holstein.
- "Selbstverständlich von uns aus, sonst kriegen wir keinen Frieden, wenn wir es den Anderen überlassen" - Maler, 50-65 J., Nordrhein-Westfalen.
- "Deutschland ist dazu mehr in der Lage als alle anderen Völker Europas" - Landwirt, 50-65 J., Bayern.

Bei der Lektüre von über eintausend Zitaten bildet der Ton nach Frieden einen roten Faden; nüchterne, gelegentlich unwirsche, aber vor allem unsentimentale Erklärungen werden abgegeben. Nicht der Pazifismus der zwanziger Jahre, der sich

ethisch fundierte und hauptsächlich literarisch wirksam wurde, hat die Patenschaft dieser Stimmung, sondern ein robustes, praktisches Bewußtsein, daß ein neuer Krieg niemand Nutzen bringen könne. Und sind - vom einfachen Menschen her gesehen - die praktischen Überlegungen nicht das eigentlich Elementare?

Die besser gebildeten Schichten (Abitur, Universität) sprachen sich am seltensten für "deutsche Initiative", am meisten (21 v.H.) für "Abwarten" aus.

"Nicht in negativen, sondern im diplomatischen Sinne" - Kaufmann, unter 30 J., Nordrhein-Westfalen.

"Abwarten, bis wir herausbringen, wer unser richtiger Freund ist" - Frau eines Beamten, 50-65 J., Bayern.

"Wenn alle Anderen rüsten, würde ich zwar Friedensangebote machen, aber im übrigen mich genau so verhalten" - Studienrätin, 30-50 J., Bayern.

"Solange wir ein besetztes, unfreies Volk sind, wird jeder solcher Versuch unaufrichtig sein, sein müssen" - Kaufmann, über 65 J., Schleswig-Holstein.

"Heute könnte ein solcher Versuch falsch verstanden werden. Man sollte ruhig abwarten und hier keine übertriebene Betriebsamkeit entwickeln" - Referendar, 30-50 J., Schleswig-Holstein.

Und ein Lebensmittel-Großhändler aus Niedersachsen meint :  
"Nichts wie abwarten, bloß nichts selber tun, da kriegen wir wieder gleich eins auf den Deckel". Eine ähnliche Denkart ist bei jener Gruppe zu finden, die sich für "gemeinsames Vorgehen von In- und Ausland" entscheidet. Immer ist das Mißtrauen die Wurzel der Resignation, die Überzeugung, daß es keinen Sinn habe, etwas ehrlich zu meinen, "wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt". Will man ein Fazit formulieren, so kommt man schwerlich an dem Begriff "Besatzungs-Psychose" vorbei; denn nur so läßt sich diese um ihr Temperament gebrachte politische Orientierung charakterisieren. Eine Psychose entsteht nicht durch die gegenwärtige Umwelt; sie bricht häufiger als Nachwirkung aus. Und es mangelt auch nicht an aktuellen Beispielen -

vor allen die Demontagen sind der Stoff, auf den die Befragten ständig verweisen.

x

Dennoch sind die Überzeugungen gefestigter als es scheint, und die Menschen erweisen sich als hartnäckig, wo es um ihre Ziele geht. Die folgende Frage war - absichtlich - nicht frei von einem suggestiven Akzent. Sie lautete: "Glauben Sie, daß sich ein aufrichtiger Friedenswille in Deutschland entwickeln kann, solange die letzten Entscheidungen bei den Besatzungsmächten liegen, und solange wir von der Hilfe der Amerikaner abhängig sind - oder glauben Sie, daß der deutsche Friedenswille um so echter und fester werden wird, je mehr wir wieder politisch und wirtschaftlich selbst verantwortlich sind?"

Es war nicht zu erwarten, daß die Gruppe, die sich bei der vorangegangenen Frage "für deutsche Initiative" entschieden hatte, nun vollzählig erklären würde, der deutsche Friedenswille sei auch jetzt, angesichts der Okkupation, ausreichend vorhanden. Außerdem muß berücksichtigt bleiben, daß der Frage-Text natürlich ein wenig dazu einlud, die gleichsam angebotene Abschirmung (Behinderung durch die Besatzung) zu akzeptieren. All diese Einschränkungen betreffen nun freilich nur diejenige Gruppe, die von dieser Abschirmung Gebrauch machte. Diejenigen, die der Suggestion widerstanden, und die erklären, der deutsche Friedenswille sei auch jetzt stark genug entwickelt, sind dafür eine besonders gereinigte, als standfest zu wertende Gruppe, und sie ist keineswegs gering. Wenn man so will, enthält sie die "gemäßigte Fraktion", die Vertreter jener bedächtigen deutschen Toleranz, deren Existenz oft übersehen, vergessen wird.

-----  
 "Glauben Sie, daß sich ein aufrichtiger Friedenswille in Deutschland entwickeln kann, solange die letzten Entscheidungen bei den Besatzungsmächten liegen, und solange wir von der Hilfe der Amerikaner abhängig sind - oder glauben Sie, daß der deutsche Friedenswille um so echter und fester werden wird, je mehr wir wieder politisch und wirtschaftlich selbst verantwortlich sind?"

	Friedenswille von Selbstständigkeit abhängig	Friedenswille bereits vorhanden	Unentschieden
Gesamt .....	60 %	25 %	15 %
Männer .....	62 %	24 %	14 %
Frauen .....	58 %	26 %	16 %
Altersgruppen:			
Unter 30 Jahre .....	62 %	25 %	13 %
30 - 50 Jahre .....	59 %	27 %	14 %
50 - 65 Jahre .....	63 %	23 %	14 %
65 Jahre und älter .....	59 %	20 %	21 %
Schulbildung:			
Volksschule .....	62 %	23 %	15 %
Mittlere Reife .....	58 %	30 %	12 %
Abitur .....	51 %	34 %	15 %
Monatseinkommen:			
50 - 150 DM .....	58 %	25 %	17 %
150 - 250 DM .....	62 %	24 %	14 %
250 - 350 DM .....	61 %	26 %	13 %
350 - 500 DM .....	53 %	29 %	13 %
500 DM und mehr .....	63 %	30 %	7 %
Politische Orientierung:			
CDU/CSU .....	53 %	31 %	16 %
SPD .....	62 %	24 %	14 %
FDP .....	63 %	27 %	10 %
KPD .....	68 %	24 %	8 %

-----  
 Festzuhalten ist, daß ein Viertel aller Befragten, trotz der suggestiven Brücke zu anderer Aussage, die Meinung vertritt, in Deutschland sei ein starker Friedenswille vorhanden. Eine große Zahl und - eine sozial qualifizierte Gruppe : mit wachsender Bildungsstufe wird diese Ansicht häufiger, sie ist bei der jungen Generation verbreiteter als bei den Älteren, und auch in den Einkommensgruppen ist eine aufwärts gerichtete Tendenz zu

erkennen. Regional schneidet die französische Zone am ungünstigsten ab.

"Der Friedenswille ist schon da, aber wer fragt danach, wir werden kommandiert" - Bauersfrau, 30-50 J., Schleswig-Holstein.

"Der letzte Krieg war zu furchtbar, als daß es noch jemand geben könnte, der nicht friedliebend ist" - Beamter i.R., über 65 J., Niedersachsen.

"Unser Volk ist mindestens genau so friedenswillig wie andere auch. Natürlich bedeutet eine fremde Besatzung eine harte Belastungsprobe. Jedes andere Volk hätte schon längst rebelliert, wenn es so in Zonen zerrissen wäre wie wir" - Angestellte der britischen Besatzungsmacht, 30-50 J., Schleswig-Holstein.

"Hat mit Besatzung gar nichts zu tun, jedenfalls bei vernünftigen Leuten" - Arztfrau, 50-65 J., Bremen.

"Ich glaube, daß der Friedenswille nach Abzug der Besatzung an Kraft verlieren wird" - Schriftsetzer, 50-65 J., Hamburg.

"Der Friedenswille im Volk besteht ständig. Es ist aber letzten Endes die Praxis der Führung, die über Krieg und Frieden entscheidet" - zahnärztliche Praktikantin, unter 30 J., Berlin.

"Was heißt Friedenswille? Sind wir nicht friedlich und froh, wenn wir arbeiten können? Wozu hetzt man uns gegeneinander?" - Straßenbahnschaffnerin, über 65 J., Berlin.

"Es ist aber besser, wenn die Besatzung noch etwas bleibt" - Heizer, unter 30 J., Nordrhein-Westfalen.

"Ich halte es für richtig, daß wir vorläufig nicht die vollkommene Freiheit haben: sie würde bestimmt mißbraucht" - technischer Zeichner, 30-50 J., Rheinland-Pfalz.

"Wenn wir alle Arbeit und Brot haben, sind wir diesmal bestimmt das friedlichste Volk" - Ruheständler, 65 J., Niedersachsen.

"Hat der Deutsche wieder seine Freiheit, dann rasselt er wieder mit dem Säbel; deshalb kann sich der Friedenswille nicht mehr entwickeln, wenn die Besatzung weg ist". - Selbständiger, Handel und Gewerbe, 30-50 J., Hessen.

"Steht im Zusammenhang: wenn wir jetzt schon Friedenswillen bekunden, gehen die Besatzungsmächte um so eher weg" - weiblich, in Berufsausbildung, unter 30 J., Hamburg.

Nicht selten werden Befürchtungen vor einem neuen Nationalismus, vor "Hurraschreiern und Radaubrüdern" laut, und die Stimmen,

daß die Besatzung - von dieser Seite her gesehen - nützlich sei, sind häufiger, als es die zitierte Auswahl der Begründungen vermuten läßt.

Diesen Tendenzen steht die größere Gruppe gegenüber, die nationale Selbständigkeit für Voraussetzung eines echten Friedenswillens hält. So überraschende Interpretationen wie die eines Berufsschuldirektors aus Bayern, 50-65 J., sind Ausnahmefälle : "Zur Vermeidung der Gefahr, daß bei Fehlschlägen der Besatzungsmacht die Schuld gegeben wird". Der durchschnittliche Tenor der Kommentare ist einfacher.

"Wir sind kein Volk, das gerne Almosen annimmt. Wir sollten uns selber das verdienen, was wir haben wollen" - Hausfrau, 50-65 J., Niedersachsen.

"Solange Demontage und USA-Hilfe nicht" - Badwärter, 30-50 J., Hessen.

"Durch Amerikahilfe kommen wir nur mit dem Osten in Konflikt" - Maurer, 30-50 J., Nordrhein-Westfalen.

"Die Amerikaner können zufrieden sein, daß wir so friedliebend sind : wie ist es uns in den besetzten Gebieten ergangen" - Landarbeiter, unter 30 J., Hessen.

"Man soll uns nicht ausplündern und unter einer Phrase Demontagen durchführen, die einen wirtschaftlichen Hintergrund haben" - Schlosser, 50-65 J., Bayern.

"Weil wir noch immer das Gefühl der Unterdrückung und der wirtschaftlichen Ausnutzung Deutschlands haben" - Frau eines Volksschullehrers, 30-50 J., Bayern.

"Die anderen Völker wollen ja gar keinen Frieden, wir sollen möglichst lange unterjocht werden" - weiblich, ohne Beruf, 50 J., Niedersachsen.

"Wenn die Demontagen eingestellt werden und man uns nicht wirtschaftlich ausbeutet, kommt auch der Friedenswille; die Arbeiterschaft hat ihn" - Gärtnersgehilfe, 50-65 J., Schleswig-Holstein.

"Voraussetzung ist, daß uns der Osten wieder zurückgegeben wird, da wir sonst nicht ohne Amerika-Hilfe auskommen" - Landwirt, 30-50 J., Niedersachsen.

"Man sieht ja an der Demontage, wie "tief" der Friedenswille bei den Besatzungsmächten liegt" - Witwe, über 65 J., Nordrhein-Westfalen.

"Weil die Besatzungsmächte durch falsche Maßnahmen nur böses Blut machen" - Landwirt, 30-50 J., Niedersachsen.

"Solange ein einseitiger Kriegszustand besteht mit Wiederhaltung und Demütigung, ist Friedenswille unmöglich" - Kunstmaler, 50-65 J., Nordrhein-Westfalen.

"Ich glaube, die Handlungen der Besatzungsmächte tragen nur allzu oft dazu bei, daß sich kein richtiger Friedenswille entwickeln kann" - Beamter, 30-50 J., Süd-Württemberg.

Wie ein Schatten verdunkelt die **Besatzung die politische Perspektive**, und es würde wenig versprechen, berechtigte Kritik vom Ressentiment zu trennen: die Okkupation erstreckt sich bereits über einen so langen Zeitraum, daß auch rein psychologische Faktoren längst das Schwergewicht von materiellen Tatbeständen erlangt haben. Das Ärgernis liegt weniger in der Anwesenheit fremder Truppen als in der Bevormundung, die gleichmäßig auf Lebensinteressen wie nationale Internationales Einfluß nimmt. In der langen Serie der vorliegenden Kommentare wird das Recht der Siegermächte auf Sicherung unterstellt, jedenfalls nicht angezweifelt; die Renitenz entzündet sich stets an Eingriffen und Maßnahmen, über deren objektive Berechtigung auch im alliierten Lager keine Einmütigkeit herrscht.

Was die vielschichtige Argumentation, die durch diese Frage ans Licht gefördert wird, zum Ausdruck bringt, ist eigentlich nur die primitivste Stufe des Bedürfnisses nach Freiheit - nämlich nach Freiheit von wirklichem und vermeintlichem Unrecht. Und was das vermeintliche Unrecht angeht, so wird gerade in besonnenen Begründungen darauf verwiesen, daß mannigfache Fehler der Besatzungspraxis die Grenzen verwischt haben, in einer Weise oft, die das Vorurteil tief einpflanzen mußte, sehr zum Schaden wirklicher Verständigung zwischen Deutschland und der Welt. Die Kette vom "No-Fraternisation"-Befehl bis zur Demontage und zum Kohlenpreis ist ein einziges Instrument.

Erst angesichts dieser Strömungen, dieses passiven, dumpfen Protestes, der mehr oder weniger heftig die Mehrheit treibt, wird klar, was es bedeutet, daß ein volles Viertel der Befragten erklärte: "Friedenswille ist bereits vorhanden". Bereits heißt ja, trotz der Kette.

Es war die Rede davon, daß der tiefste Punkt der politischen Lethargie überwunden sei. Diese Aussage stützte sich auf mannigfache Beobachtungen, und der Fortgang dieser Untersuchung bereicherte diese um ein neues Indiz. Genau so wichtig wie objektiv meßbare Ereignisse - zum Beispiel die hohe Wahlbeteiligung für den Bundestag - sind in diesem Zusammenhang Einblicke in das subjektive Milieu.

Die folgende Frage wurde nur gestellt, um die allgemeine Tendenz, die sich in dieser Richtung entwickelt hat, herauszufinden :

"Sind Sie bereit, sich mit allen Kräften dafür einzusetzen, daß Deutschland politisch und wirtschaftlich wieder selbständig und unabhängig wird?"

JA .....	68 %
NEIN .....	17 %
UNENTSCHEIDEN .....	15 %

Es handelte sich hier um ein besonders schwieriges Gelände der Untersuchung, da die Frage - entsprechend ihrer Absicht - sehr allgemein formuliert war. Sie vermied jede Erläuterung und war auf eine spontane Reaktion angelegt. Insofern beweist das Resultat lediglich eine grundsätzliche Bereitschaft, ohne Hintergründe sichtbar werden zu lassen. Vergleicht man zwei Gruppen, deren verschiedener Charakter schon offenbar wurde, so erhalten wir neues Material für eine alte These.

	Wähler	Nichtwähler
JA .....	73 %	51 %
NEIN .....	13 %	30 %
UNENTSCHEIDEN .....	14 %	19 %

Die Reaktion der Nichtwähler zeigt, daß die Absicht, eine Tendenz der subjektiven Bereitschaft zu erlangen, erfüllt worden ist : der passive Charakter dieser Gruppe kommt zum Vorschein. Eine weitere Aufgliederung des Gesamt-Resultats nach einzelnen Fraktionen zeigt, daß die sozial entwickeltere Bevölkerungsschicht zu größerer Aktivität gewillt ist.

"Sind Sie bereit, sich mit allen Kräften dafür einzusetzen, daß Deutschland politisch und wirtschaftlich wieder selbständig und unabhängig wird?"

	J A	NEIN	UNENTSCHEIDEN
Männer .....	77 %	12 %	11 %
Frauen .....	61 %	20 %	19 %
<b>Altersgruppen:</b>			
Unter 30 Jahre .....	72 %	12 %	16 %
30 - 50 Jahre .....	67 %	18 %	15 %
50 - 65 Jahre .....	71 %	16 %	13 %
65 Jahre und älter .....	62 %	22 %	16 %
<b>Schulbildung:</b>			
Volksschule .....	68 %	16 %	16 %
Mittlere Reife .....	71 %	17 %	12 %
Abitur .....	73 %	17 %	10 %
<b>Beruf:</b>			
Arbeiter .....	69 %	15 %	16 %
Landarbeiter .....	71 %	12 %	17 %
Angestellte .....	71 %	17 %	12 %
Beamte .....	78 %	11 %	11 %
Landwirte, Bauern .....	67 %	16 %	17 %
Selbständige i. Handel u. Gewerbe .....	70 %	16 %	14 %
Freie Berufe .....	68 %	17 %	15 %
<b>Monatseinkommen:</b>			
50 - 150 DM .....	64 %	19 %	17 %
150 - 250 DM .....	70 %	15 %	15 %
250 - 350 DM .....	70 %	15 %	15 %
350 - 500 DM .....	77 %	13 %	10 %
500 DM und mehr .....	80 %	15 %	5 %
<b>Politische Orientierung:</b>			
CDU/CSU .....	70 %	14 %	16 %
SPD .....	75 %	10 %	15 %
FDP .....	73 %	16 %	11 %
KPD .....	78 %	11 %	11 %

Am häufigsten sagen alte Leute und die Frauen "Nein", am seltensten die Beamten. Die stärkste Bejahung findet sich bei Befragten mit einem Monatseinkommen von mehr als 500.- DM, die geringste in den niedrigen Einkommensklassen bis 150.- DM. (Befragte mit einem Monatseinkommen von unter 50.- DM sagen zu 25 v.H. "Nein"). Läßt man die soziologischen Merkmale beiseite und wendet

man sich den entschieden parteipolitisch orientierten Versuchspersonen zu, so äußern die Kommunisten die stärkste Aktivität, es folgen dann die Sozialdemokraten, die Freien Demokraten und die Anhänger der CDU.

Etwa 60 v.H. der Befragten haben ihre Stellungnahme begründet. Von diesen erklären 27 v.H., daß sie bedingungslos gewillt seien, sich in diesem Sinne einzusetzen. 9 v.H. wollten über bestimmte Voraussetzungen unterrichtet sein, 4 v.H. erklärten, sie hätten keine Vorstellung darüber, wie eine solche Einsatzbereitschaft angewendet werden solle. 7 v.H. machten Einschränkungen (Alter, Arbeitsüberlastung), 12 v.H. der Begründungen hatten einen negativen Charakter. 1 v.H. erklärte sich als gleichgültig. 40 v.H. gaben keinen Kommentar.

Unter Rücksicht auf den Frage-Text, dessen Eigenart definiert wurde, ist es einleuchtend, daß die bedingungslos zustimmenden Kommentare im Konventionellen stecken bleiben. Sie bekräftigen meist nur das "JA", indem sich Wendungen wie "mit meiner ganzen Energie", "mit allen Kräften", "Das ist doch unsere Pflicht", "soweit ich es nur irgend kann" wiederholen; jedoch erweist es sich als hemmend, daß viele keine deutliche Vorstellung des Gegenstandes gewinnen. Hierfür einige typische Beispiele :

"Aber wie sollte ich das können, außer durch die Wahl?" - Witwe, 50-65 J., Nordrhein-Westfalen.

"Wie denn? Soll ich etwa Reden halten?" - Dreher, 30-50 J., Hamburg.

"Was soll das heißen - wie stellt man sich das praktisch vor?" - Metallarbeiter, 50-65 J., Hamburg.

"Ich will natürlich helfen, aber kann ich das denn?" - Tischler, unter 30 J., Niedersachsen.

Es läßt sich nicht übersehen : je entschiedener die Zustimmung, um so farbloser ist die Begründung, und je kritischer die Stellungnahme, um so direkter wird argumentiert. Das zeigt sich schon bei der Gruppe, die einen solchen Einsatz an bestimmte persönliche und sachliche Bedingungen gebunden wissen will.

"Ja, aber nur, wenn ich die Gewißheit habe, daß ich dafür nicht bestraft werde" - Fabrikarbeiterin, 50-65 J., Württemberg.

"Aber ich übernehme niemals ein Amt" - Vorarbeiter, über 65 J., Niedersachsen.

"Voraussetzung, daß ich nicht eines Tages dafür wieder vor eine Spruchkammer komme" - Buchhalterin, 30-50 J., Bayern.

"Wenn ich einsehe, daß meine Mitarbeit einem guten Zweck dient" - Autoschlosser, unter 30 J., Bayern.

"Bin auch zu Opfern bereit, aber nicht durch Parteienstreit" - Metallarbeiter, unter 30 J., Nordrhein-Westfalen.

"Aber nicht im Gefolge der heutigen Parteien" - Landwirt, 30-50 J., Bayern.

"Aber ohne Parteizugehörigkeit und Fragebogen" - Kaufmann, 50-65 J., Bayern.

"Es kommt darauf an, wo diese Selbständigkeit hinführt" - Landwirtsfrau, 50-65 J., Bayern.

"Aber nur auf friedlichem Wege" - Polizeibeamter, 50-65 J., Hamburg.

Die Gegner dieses Gedankens stützen sich noch mehr auf die schlechten Erfahrungen der Vergangenheit:

"Was das heißt, wissen wir schon: mitmarschieren!" Arbeiter, 50-65 J., Nordrhein-Westfalen.

"Nein, sonst muß ich am Ende eine Art Frauenschaftsleiterin werden" - Bäuerin, 30-50 J., Bayern.

"Ich bin nur für meine Familie da" - Großkaufmann, 30-50 J., Nordrhein-Westfalen.

"Politisch beteilige ich mich an nichts mehr" - Hotelier, 50-65 J., Bayern.

"Die Zeiten sind vorüber" - Eisenbahnarbeiter, unter 30 J., Nordrhein-Westfalen.

x

Sind diese Ergebnisse wirklich eine Bestätigung dafür, daß der tiefste Punkt der Lethargie überwunden sei? An anderer Stelle wurde angemerkt, daß die Politik in Deutschland einen schlechten Ruf habe. Beides muß im Auge behalten werden; denn es wird in

der nächsten Zukunft keine Möglichkeit geben, das Verhältnis der Menschen dieses Landes zu den öffentlichen Angelegenheiten zu messen oder zu besprechen, ohne immer davon auszugehen, wie kompromittiert die Programme, die Versprechungen, die Auseinandersetzungen, kurz die Vorgänge und die Menschen sind, die verantwortlich zeichnen. Die Skepsis und das Mißtrauen bündeln sich in den Zitaten. Aber auch das JA, mit dem die Mehrheit erklärt, sich für wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit betätigen zu wollen, hat ein spezifisches Gewicht. Es war die erste Reaktion: die Einschränkungen stellten sich erst ein wenig später ein, als ausführlicher beim Thema verweilt wurde. Die Masse ist wenig geübt, die Hintergründe einer individuellen Meinungsbildung in den Vordergrund der Sprache zu übersetzen; gefährlich wäre jedoch eine weitere Folgerung in der Richtung, daß solche Hintergründe nicht vorhanden sind.

Die Frage wurde, wie gesagt, nur gestellt, um die Tendenzen in der subjektiven Vorstellungswelt zu erfassen. Dieser Versuch wurde fortgesetzt. Jene Teilgruppe (68 v.H. aller Befragten), die mit "JA" geantwortet hatte, mußte zum gleichen Thema nochmals Stellung nehmen. wieder handelte es sich um eine sehr allgemeine, aber keineswegs einfache, sondern die Wachsamkeit ermunternde Formulierung: "Sind Sie sich darüber klar, daß eine derartige Betätigung Opfer verlangen und Nachteile bringen kann?"

78 v.H. dieser Gruppe sagten mehr oder weniger zögernd, daß sie dennoch bereit seien, sich "mit allen Kräften" entsprechend "einzusetzen". Zu einem "NEIN" entschlossen sich nur wenige: 6 v.H. Hingegen sind nun 16 v.H. unentschieden, und zwar hauptsächlich die Frauen und die ältesten Jahrgänge. Eine subtilere Betrachtung der einzelnen Zahlen, die in der nachstehenden Tabelle enthalten sind, ergibt hintergründige Aufschlüsse; denn in den Antworten verrät sich unter anderem, wie das Verhältnis zwischen Wagnis und Risiko empfunden wird. Mit anderen Worten: in welcher sozialen Schicht wird der momentane Besitz am höchsten taxiert, wo ist die Furcht, ihn zu verlieren, am schärfsten entwickelt?

"Sind Sie sich darüber klar, daß eine derartige Betätigung Opfer verlangen und Nachteile bringen kann?"

	JA (trotzdem bereit)	JA (zögernd)	NEIN	UNENTSCHEIDEN
Gesamt.....	51 %	27 %	6 %	16 %
Männer.....	59 %	22 %	7 %	12 %
Frauen.....	43 %	32 %	6 %	19 %
<b>Altersgruppen:</b>				
Unter 30 Jahre.....	52 %	26 %	6 %	16 %
30 - 50 Jahre.....	51 %	26 %	7 %	16 %
50 - 65 Jahre.....	55 %	28 %	5 %	12 %
65 Jahre u. älter....	44 %	31 %	7 %	18 %
<b>Schulbildung:</b>				
Volksschule.....	48 %	29 %	6 %	17 %
Mittlere Reife.....	55 %	24 %	7 %	14 %
Abitur.....	68 %	16 %	6 %	10 %
<b>Monatseinkommen:</b>				
Bis 50 DM.....	44 %	29 %	10 %	17 %
50 - 150 DM.....	45 %	31 %	7 %	17 %
150 - 250 DM.....	51 %	27 %	6 %	16 %
250 - 350 DM.....	50 %	30 %	7 %	13 %
350 - 500 DM.....	69 %	17 %	7 %	7 %
500 DM und mehr....	63 %	26 %	-	11 %

Verschiedene steigende und fallende Entwicklungen prägen sich aus. So zeigt vor allem die Aufteilung der zustimmenden Antworten nach dem Intensitätsgrad, daß in allen Gruppen, die sich hauptsächlich als Objekt der Politik fühlen, das zögernde JA über den Durchschnitt steigt. Das gilt für die Frauen, für Befragte über 65 Jahre, und für niedrige Einkommensgruppen. Sehr konsequent bewegen sich die Bildungsgruppen. Die Kurve der unterschiedenen Zustimmung steigt steil von Volksschule zum Abitur; sie fällt analog bei den Zögernden. Desgleichen nimmt die Unentschiedenheit mit besserer Schulbildung treppenartig ab.

Wer am wenigsten zu verlieren hat, widersetzt sich dem Gedanken an Opfer und (wie die Kommentare unterstreichen) vor allem an Nachteile mit mürrischer Entschiedenheit, auch wenn, mindestens andeutungsweise, der Zusammenhang zwischen Verbesserung der eigenen sozialen Verhältnisse und der Handlungsbereitschaft, also auch dem Opfer, klar gestellt worden ist. Vielleicht muß es als Faktum hingenommen werden, daß Begriffe, mit denen Jahre und Jahrzehnte bedenkenlos, demagogisch und auch bei banalstem Anlaß umgegangen wurde, jede Resonanz verloren haben, sofern nicht mit der intellektuellen Fähigkeit gerechnet werden kann, ihre reine Substanz zu erkennen, unabhängig von der Verwässerung im Spülicht der Propaganda. "Von Opfern habe ich die Schnauze voll" - (Heizer, 30-50 J., Bayern) - diese krasse Bemerkung ist stellvertretend für die durch vergangene Erfahrungen belastete Stimmung der Masse. Gleichsam romantisch, wie aus einer versunkenen Epoche steigend, wirken daneben die Worte einer jungen Frau (Witwe, zur Zeit in der Landwirtschaft tätig, Schleswig-Holstein), die die Frage ohne Einschränkung bejahte: "Damit unsere Kinder es einmal besser haben". Dieser Satz, der vor noch nicht allzu langer Zeit ausreichend schien, um den freiwilligen Eintritt des Menschen in den politischen Kampf, in größere Mühsal des Lebens zu erklären, taucht im Munde derer, die hier Stellung nehmen, ganz selten auf. Denn auch diejenigen, die sich, trotz Opfer und Nachteil, für die Unabhängigkeit Deutschlands betätigen wollen, halten es sonst mit zweckbetonten, nüchternen Begründungen. "Wer etwas erreichen will, muß auch Opfer bringen", sagt ein Handwerksmeister aus Niedersachsen; "Opfer machen sich bezahlt" ein alter Mann in Rheinland-Pfalz.

Es ist nicht nur die Erfahrung dieser Untersuchung, daß die politische Aktion in Deutschland zunächst nur auf kleine Gruppen zählen darf; die durch ihre Zahl mächtigen Schichten werden sich über lange Zeit auf Beobachtung und Vermeidung des Risikos beschränken.

In diesen ersten Kapiteln der Befragung ging es um die politische Aktivität. Von den westdeutschen Wahlen ausgehend, einem gerade aktuellen Vorgang, wurden größere, im gesteigerten Sinne zeitbedingte Probleme aufgeworfen. Die Nichtwähler verhielten sich auch auf dieser Stufe teilnahmslos. Diese Gruppe, rund ein Fünftel der Bevölkerung, ist mit Spuren einer qualifizierten Opposition durchsetzt, und zwar aus den oberen Bildungsgruppen. Der Rest ist ein Bodensatz der Müden, der Verbitterten, der Indifferenten.

Verbitterung und Indifferenz beschränken sich nicht nur auf diesen Bevölkerungsteil. Sie vagabundieren durch das Ganze: vor allem gegen die Einflüsterung der trüben Erfahrungen einer noch immer auf Tuchfühlung drängenden Vergangenheit ist niemand immun. Dabei besteht eine zuversichtliche Grundströmung, in der die Majorität schwimmt; etwa die Frage "Glauben Sie, daß Deutschland noch eine politische Zukunft hat?" lieferte hierfür überzeugendes Material. Die Herkunft dieser Strömung ist schon schwerer zu bestimmen, und auch ihre Kraft bleibt zunächst unbekannt. Ja, zuweilen hat es sogar den Anschein, als sei diese Zuversicht auf nichts gegründet, sondern eine neuerliche Kraftanstrengung, - dem heftigen Willen vergleichbar, den ein Kranker eines Tages vorsätzlich entfaltet, um gesund zu werden. Solche Bemühungen erzielen oft absolute Wirkung, und es ist von Belang, daß in diesem Volke die Tendenz, neues Vertrauen zu bilden, Fortschritte macht. Das Wort "Vertrauen" bedarf des Vorbehaltes; es muß mit großer Vorsicht und unter Berücksichtigung der allgemeinen psychologischen Verfassung des Landes hingenommen werden. Das erwies sich bereits bei der Frage nach der Bereitschaft, für politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu wirken; zwar wurde abermals eine Mehrheit gefunden, aber die Zustimmung ermangelte der Festigkeit - es war, als habe man den Versuchspersonen schon ein wenig zuviel zugemutet, indem man sie mit der Möglichkeit des Opfers konfrontierte.

Hierbei spielte das Mißtrauen gegen die Welt, hauptsächlich gegen die Besatzungsmächte, eine bedeutende Rolle. Aber es richtete sich nicht nur gegen die fremden Mächte: ein nicht unbeträchtlicher Teil der Stimmen kritisierte das eigene Lager. Die Furcht, daß in Deutschland, mit zunehmender Befreiung von ausländischer

Vorherrschaft, eine radikale, und zwar radikal-nationalistische, Fraktion stärkeren Einfluß gewinnen könne, keimt auf. Da die Indifferenz in den materiell schwächsten Kreisen am dichtesten verbreitet ist, wird die soziale Entwicklung im Innern künftig ein Schlüsselproblem sein.

## II.

Wenn die Politik diskreditiert ist, so wird zugleich angezweifelt, daß sie bestehende Verhältnisse verbessern könne. Konsequenz zu Ende gedacht, müßte ein solcher Zustand sozialen Pessimismus erzeugen, also die Meinung aufrichten, daß ein befriedigender Ausgleich der Interessen nicht möglich sei. Das Denken großer Massen vollzieht sich freilich außerhalb der Logik, und es wird zu überprüfen sein, ob derart schwerwiegende Schlüsse gezogen werden dürfen. Denn gerade in Deutschland wehte der Wind seit mehr als achtzig Jahren in entgegengesetzter Richtung; vor allem in der Arbeiterbewegung herrschte, von marxistischen Dogmen gestützt, ein sozialer Optimismus, aus dem bedeutende Kräfte filtriert wurden. Die bürgerlich-kapitalistische Ordnung war theoretisch bereits abgetan; danach blendete, mehr oder weniger strahlend, die sozialistische Zukunft auf.

Diese Zauberformeln wurden 1918 und in der Weimarer Republik erstmals ihrer Leuchtkraft beraubt; der Sozialismus aber, und damit die Hoffnung auf ein Leben ohne Not, entwickelte noch immer magnetische Wirkungen. In anderer, unverbindlicher Interpretation dargeboten, zog er Millionen zu Hitler; einer kurzen Scheinblüte folgte die Katastrophe. Ist die Fähigkeit, zu hoffen und zu glauben, weiter reduziert worden?

"Halten Sie es für möglich, daß auf der Welt, und also auch in Deutschland, ein wirtschaftlicher Zustand erreicht wird, unter dem Alle, also auch die Besitzlosen, ohne Not leben?"

	JA	VIELLEICHT	NEIN	KEIN URTEIL
Gesamt.....	31 %	23 %	38 %	8 %
Männer.....	37 %	21 %	37 %	5 %
Frauen.....	25 %	25 %	39 %	11 %

Es ist die stärkste Gruppe, die entschlossen "Nein" sagt. Dieses Nein wirkt wie eine Absage an alle revolutionären oder reformatorischen Illusionen, wie der Strich unter die Naivität der Vergangenheit. Wie verlockend wäre es, entsprechende Zahlen aus anderen Jahren, namentlich aus Krisenjahren, heranziehen zu können, um die Kurven zu vergleichen.

"Der Glaube ist mir endgültig genommen" - Haushaltsgehilfin, unter 30 J., Bayern.

"Wenn alle Parteien zu ihren Worten bei der Wahlpropaganda stehen würden, wäre es vielleicht möglich" - Kriegsinvalide, 30-50 J., Hessen.

"Es hat immer Arme und Reiche gegeben, und dabei wird es bleiben, in Deutschland erst recht" - Bauer, 30-50 J., Bayern.

"Der Arbeiter wird immer ausgenutzt werden" - Maurer, unter 30 J., Nordrhein-Westfalen.

Die Jugend hat die Ungläubigkeit der Greise; in den mittleren Jahrgängen ist das Vertrauen um ein Geringes kräftiger.

"Halten Sie es für möglich, daß auf der Welt, und also auch in Deutschland, ein wirtschaftlicher Zustand erreicht wird, unter dem Alle, also auch die Besitzlosen, ohne Not leben?"

	JA	VIELLEICHT	NEIN	KEIN URTEIL
Unter 30 Jahre.....	29 %	21 %	43 %	7 %
30 - 50 Jahre.....	30 %	25 %	37 %	8 %
50 - 65 Jahre.....	34 %	23 %	35 %	8 %
65 Jahre und älter.	29 %	20 %	39 %	12 %

In den Antworten der Jüngeren, die eine solche Entwicklung für möglich halten, wird häufiger als in den anderen Altersgruppen auf das Dritte Reich verwiesen:

"Wir haben ja schon solche Zeiten gehabt, kurz vor dem letzten Krieg" - arbeitslose Stenotypistin, unter 30 J., Niedersachsen.

"Haben wir bei den Nationalsozialisten fast gehabt. Nicht alles aus der Zeit von 1933-45 ist zu verwerfen" - Büroarbeiterin, unter 30 J., Nordrhein-Westfalen.

"Wenn alle an einem Strick ziehen, die Großen wie die Kleinen. Von 1933 ab waren wir auf dem besten Wege dazu" - Landarbeiter, unter 30 J., Niedersachsen.

"War ja in Deutschland auch möglich unter Hitler" - Strickerin, unter 30 J., Nordrhein-Westfalen.

Ältere Leute führen die Unzulänglichkeit der Menschen und der Völker an. Es fehle der gute Wille, heißt es oft, und die Besitzenden seien dagegen.

Die Tendenzen der verschiedenen Einkommensgruppen sind - ob man nun diejenigen, die JA sagen, allein betrachtet, oder auch die Schwankenden, die sich nur zu einem VIELLEICHT entschließen, hinzu addiert - nur geringfügigen Abweichungen unterworfen; je mehr Geld aber verdient wird, um so häufiger wird auch das NEIN.

---

"Halten Sie es für möglich, daß auf der Welt, und also auch in Deutschland, ein wirtschaftlicher Zustand erreicht wird, unter dem Alle, also auch die Besitzlosen, ohne Not leben?"

	JA	VIELLEICHT	NEIN	KEIN URTEIL
Bis 150 DM.....	30 %	21 %	39 %	10 %
150 - 250 DM.....	31 %	25 %	36 %	8 %
250 - 350 DM.....	29 %	27 %	37 %	7 %
350 - 500 DM.....	32 %	19 %	42 %	7 %
500 DM und mehr.....	33 %	15 %	45 %	7 %

---

Noch vor zwei Jahrzehnten wäre damit zu rechnen gewesen, daß mindestens die Anhänger der sozialistischen Parteien diese ans Weltanschauliche rührende Frage so gut wie ausschließlich mit JA beantwortet hätten.

"Halten Sie es für möglich, daß auf der Welt, und also auch in Deutschland, ein wirtschaftlicher Zustand erreicht wird, unter dem Alle, also auch die Besitzlosen, ohne Not leben?"

	JA	VIELLEICHT	NEIN	KEIN URTEIL
CDU/CSU .....	29 %	26 %	34 %	11 %
FDP .....	35 %	17 %	43 %	5 %
SPD .....	40 %	26 %	28 %	6 %
KPD .....	70 %	11 %	19 %	-

In der kommunistischen Gruppe ist die Überzeugung, daß das "Leben ohne Not" geschaffen werden könne, bemerkenswert sicher; nur knapp ein Fünftel der KPD-Anhänger sagt NEIN, und nicht ein einziger ist ohne Urteil. Bei den Sozialdemokraten erscheint diese Überzeugung weniger standhaft; die Zahl der Zweifler allein ist mehr als doppelt so groß wie bei den Kommunisten. Bei der CDU/CSU-Fraktion tritt, wie in der Regel, die Indifferenz stark hervor, was mit der weitgehend weiblichen Gefolgschaft dieser Partei erklärt werden kann; die Demokraten sagen am häufigsten "NEIN".

Jedenfalls hat der soziale Pessimismus ein großes Terrain erobert. Auch diese - gewiß ungesunde - Erscheinung wird der Hinterlassenschaft des Krieges zuzuordnen sein. Im nationalen Maßstab wird man sich damit auseinander zu setzen haben; denn als natürliche Kehrseite wird der Egoismus zunehmend in Erscheinung treten. Das schränkt die Chancen eines organisierten Radikalismus ein - solange er nicht das richtige Stichwort entdeckt.

x

Im Folgenden nahm die Befragung examinerische Züge an. Die "Wirtschaftspolitische Gesellschaft" legte Wert darauf, sich möglichst eng an Formulierungen ihres Arbeitsprogramms zu halten. Die nächste Frage setzte das schon aufgenommene Thema fort, indem

eine akzentuierte Alternative gestellt wurde.

"Denken Sie, daß ein wirtschaftlich gerechter Zustand dadurch hergestellt werden kann, daß man das derzeitige Volkseinkommen neu und andersartig verteilt? Oder halten Sie eine Vergrößerung des Volkseinkommens für notwendig?"

Für Neuverteilung.....	22 %
Für Vergrößerung.....	40 %
Beides notwendig.....	3 %
Gerechter Zustand wird nie erreicht.....	19 %
Unentschieden.....	16 %

Da vorauszusehen war, daß der nationalökonomische Begriff "Volkseinkommen" nicht richtig verstanden werden könnte, war den Interviewern eine kurze, leicht fassliche Interpretation überlassen worden, die sie in allen zweifelhaften Fällen vorzutragen sollten. So wurde eine relativ gute Verständigung erzielt.

Natürlich konnten nicht alle Mißverständnisse erkannt werden. Jedoch dürften die absoluten Zahlen für "Neuverteilung" und "Vergrößerung" das echte Kräfteverhältnis der herrschenden Ansichten spiegeln. Versuchspersonen, denen der Gegenstand unklar blieb, haben sich in der Regel als "Unentschieden" erklärt.

Die präzisierte Frage hat in jedem Falle eine lebhafte Reaktion hervorgerufen, sie hat die Meinungen in Bewegung gesetzt. Waren zuvor 38 v.H. der Ansicht, daß die Organisation eines wirtschaftlichen Zustandes "ohne Not" unmöglich sei, so versteifte sich jetzt nur noch die Hälfte auf diese These. Allerdings hatte sich der Anteil der Urteilslosen, Unentschiedenen verdoppelt. Aber ein Zehntel der vorher grundsätzlich negativ gestimmten Gruppe war auf die eine oder andere Seite der Alternative getreten.

x

Rund ein Fünftel der Gesamtgruppe entschied sich für Neuverteilung des Volkseinkommens. Etwa zwei Fünftel hielten die Vergrößerung für den richtigen Weg. Jede dieser Antwort-Gruppen mußte

wenn man ihr Verlässlichkeit zubilligen will, in der grundsätzlichen politischen Orientierung der Versuchspersonen eine Bestätigung finden.

"Denken Sie, daß ein wirtschaftlich gerechter Zustand dadurch hergestellt werden kann, daß man das derzeitige Volkseinkommen neu und andersartig verteilt? Oder halten Sie eine Vergrößerung des Volkseinkommens für notwendig?"

	Neuver- teilung	Vergrö- Berung	Für Beides	Gerechter Zustand un- erreichbar	Unent- schieden
CDU/CSU .....	16 %	45 %	2 %	17 %	20 %
FDP .....	16 %	49 %	2 %	25 %	8 %
SPD .....	35 %	34 %	7 %	12 %	12 %
KPD .....	54 %	35 %	5 %	3 %	3 %

Trotz der Verschiebungen, die auf ideologischem Gebiet stattgefunden haben, trennen sich in der Frage der Neuverteilung des Volkseinkommens die Geister. Sie trennen sich, wenn die Scheidung auch keineswegs reinlich verläuft. In den bürgerlichen Parteien meldet sich - entgegen deren programmatischer Linie - eine durchaus beachtliche Minderheit zu Wort, die der Neuverteilung zustimmt. Wenig mehr als ein Drittel der Sozialdemokraten und etwa die Hälfte der Kommunisten verfechten das gleiche Prinzip. Die Gruppe, die "Für Beides" stimmt, hat in den sozialistischen Parteigängern etwas größeren Umfang.

Handelt es sich hier um eine Absage an radikale Lösungen? Dieser Schluß wäre voreilig; denn auch eine Erhöhung des Volkseinkommens wäre nicht ohne schärfere Zugriffe zu ermöglichen. Gesichert scheint aber, daß der Gedanke an eine Neuverteilung nicht mehr die Suggestion ausübt, mit der vor zwei Jahrzehnten gerechnet werden mußte. Natürlich werden in den Kommentaren jene Rezepte angeführt, die vor 1933 in der kommunistischen Agitation herumgereicht wurden.

"Ich meine, wenn man diesen großen Herren etwas weniger geben würde, und den anderen etwas mehr, dann wäre es besser. Die arbeiten doch nicht soviel wie die Arbeiter. Aber die gehen nicht runter, die wollen eher noch mehr" - Arbeiterfrau, 50-65 J., Württemberg.

"Minister bekommen 36 - 40 000 DM, Arbeiter nur 2 400 DM - das ist ein Zwölftel!" - Arbeiterfrau, 30-50 J., Nordrhein-Westfalen.

"Minister sollen nicht 20 000 und Arbeiter nur 200 Mark verdienen, auch die Wohnmöglichkeiten müßten besser verteilt werden" - Rentnerin, 30-50 J., Nordrhein-Westfalen.

"Die großen Besitzer mal entrichten und nach gerechten Gesichtspunkten verteilen" - Büroangestellter, 50-65 J., Bayern.

"So wie es in der Ostzone begonnen hat" - Frau eines Angestellten, 30-50 J., Berlin.

Andero Stimmen gehen nicht von der klassenkämpferischen Position aus :

"Neuverteilung - als Basis für Vergrößerung" - Landwirt, 30-50 J., Bayern.

"Für Bodenreform" - Handwerker, unter 30 J., Nordrhein-Westfalen.

"Für Neuverteilung - weil durch Vergrößerung auch kein wirtschaftlich gerechter Zustand erreicht wird" - Angestellter, unter 30 J., Niedersachsen.

"Wenn alles gerecht verteilt wird, dann kann jeder leben, und das Einkommen vergrößert sich von selbst" - Fabrikarbeiter, 30-50 J., Hessen.

Diejenigen, die sich für eine Vergrößerung aussprechen, haben häufig den Wunsch, vor allem klar zu stellen, daß sie g e g e n jede Neuverteilung sind.

"Die paar Lappen noch zu verteilen, lohnt sich nicht" - Gartenarbeiter, 50-65 J., Hamburg.

"Es geht nur durch Initiative des Privatkapitalismus" - Rentner, über 65 J., Niedersachsen.

"Sonst müßte man es ja den anderen wegnehmen" - Arbeiterin, 30-50 J., Bayern.

"Sonst gegen Naturgesetz" - Selbständiger Kaufmann, 30-50 J., Bayern.

"Neuverteilung ist Wahnsinn : Vergrößerung möglich und nötig" - Frau eines Angestellten, 30-50 J., Nordrhein-Westfalen.

Es sind nicht nur die Angehörigen der sozialen Oberschicht, nicht nur die Selbständigen in Handel und Gewerbe, die sich der Idee einer Neuverteilung widersetzen; sie liegen mit dieser Einstellung gewiß an der Spitze, aber auch die kleinen Einkommensempfänger sind in der Mehrheit entgegengesetzt orientiert.

"Denken Sie, daß ein wirtschaftlich gerechter Zustand dadurch hergestellt werden kann, daß man das derzeitige Volkseinkommen neu und andersartig verteilt? Oder halten Sie eine Vergrößerung des Volkseinkommens für notwendig?"

	Neuver- teilung	Vergrö- ßerung	Für Beides	Gerechter Zustand un- erreichbar	Unent- schieden
<b>Schulbildung:</b>					
Volksschule .....	24 %	36 %	3 %	19 %	18 %
Mittlere Reife .....	15 %	48 %	4 %	21 %	11 %
Abitur .....	17 %	56 %	4 %	16 %	7 %
<b>Monatseinkommen:</b>					
Bis 150 DM .....	23 %	37 %	3 %	19 %	18 %
150 - 250 DM .....	24 %	37 %	3 %	18 %	18 %
250 - 350 DM .....	22 %	38 %	4 %	22 %	14 %
350 - 500 DM .....	15 %	54 %	3 %	18 %	10 %
500 DM und mehr .....	8 %	56 %	2 %	19 %	15 %
<b>Beruf:</b>					
Arbeiter .....	25 %	35 %	4 %	20 %	16 %
Landarbeiter .....	17 %	41 %	5 %	12 %	25 %
Angestellte .....	22 %	43 %	3 %	19 %	13 %
Beamte .....	15 %	55 %	5 %	14 %	11 %
Landwirte, Bauern .....	17 %	34 %	2 %	23 %	24 %
Selbständige in Handel u. Gewerbe .....	19 %	45 %	2 %	19 %	15 %
Freie Berufe .....	10 %	55 %	-	23 %	12 %

x

Ein Fünftel (22 v.H.) der Befragten plädierte für Neuverteilung - also mindestens für eine Version des Sozialismus. Die Befürwortung einer Vergrößerung des Volkseinkommens (43 v.H.) war dabei nicht mit einer Absage an das sozialistische Verfahren zu identifizieren. An die zweite Gruppe wurde eine informelle Frage gerichtet :

"Ist die Vermehrung des Volkseinkommens Ihrer Ansicht nach besser durch die Entfaltung der privaten Initiative und des freien Wettbewerbs erreichbar, oder durch Sozialisierungen?"

Durch private Initiative .....	68 %
Durch Sozialisierungen .....	22 %
Unentschieden .....	10 %

Wenn auch im Endresultat dieser Teiluntersuchung eine große Mehrheit für die Privatinitiative entsteht, so ergeben sich bei Beobachtung der einzelnen Gruppen schärfere Kontraste. Das deutlichste Beispiel entsteht beim Vergleich der politischen Orientierung.

"Ist die Vermehrung des Volkseinkommens Ihrer Ansicht nach besser durch die Entfaltung der privaten Initiative und des freien Wettbewerbs erreichbar, oder durch Sozialisierungen?"

	Private Initiative	Sozialisierungen	Unentschieden
CDU/CSU .....	84 %	10 %	6 %
FDP .....	85 %	9 %	6 %
SPD .....	23 %	66 %	11 %
KPD .....	25 %	69 %	6 %

Die Abneigung der bürgerlichen Gruppen gegen die Sozialisierung erscheint geschlossener als die Ablehnung der Privatinitiative durch die sozialistische Seite. Das Vorhandensein der divergierenden Tendenzen innerhalb der verschiedenen Parteien beweist zunächst nichts anderes, als daß nicht allen Anhängern der CDU oder der KPD deren Wirtschaftsprogramme das Wichtigste sind. Aber es ist symptomatisch für die nicht eben gefestigte Einstellung derjenigen Bevölkerungsschichten, die sich selber eine ausgesprochene politische Orientierung attestieren.

Wo nur die sozialen Merkmale untersucht wurden, kamen diese Schwankungen gleichfalls ins Blickfeld, aber sie führten in keinem Falle zu so diametralen Verschiebungen.

"Ist die Vermehrung des Volkseinkommens Ihrer Ansicht nach besser durch die Entfaltung der privaten Initiative und des freien Wettbewerbs erreichbar, oder durch Sozialisierungen?"

Monatseinkommen:	Private Initiative	Sozialisierungen	Unentschieden
Bis 150 DM .....	58 %	29 %	13 %
150 - 250 DM .....	64 %	25 %	11 %
250 - 350 DM .....	73 %	16 %	11 %
350 - 500 DM .....	82 %	13 %	5 %
500 DM und mehr .....	89 %	9 %	2 %

Auch in den niedrigen Einkommensgruppen fällt die Entscheidung zugunsten der privaten Initiative aus. Vielleicht liegt darin ein Bekenntnis zur "Tüchtigkeit", in der gerade die einfache Bevölkerung eine deutsche Nationaltugend erblickt. Auch wirkt die persönliche Beobachtung mit; an eigenen Horizont sind häufiger erfolgreiche Unternehmungen aufgetaucht, die durch persönlichen Wagemut charakterisiert wurden, als eindrucksvolle Kollektiv-Leistungen. Ferner ist einfach nicht zu übersehen, daß das Echo der Labour-Experimente gleichsam eine negative Propaganda für die Sozialisierung schlechthin verbreitete. Oft wird die Privatinitiative mit Anmerkungen wie: "Vergleiche die Mißerfolge der Sozialisierung der englischen Labour-Regierung" - (Mechaniker, unter 30 J., Württemberg) - verteidigt. Dennoch mischt sich in diese Verteidigung häufig ein gedämpfter, warnender Unterton: "Doch muß der freie Wettbewerb seine Grenzen haben" - (Elektriker, 30 J., Niedersachsen). Besonders kleine Handwerker erheben derartige Einschränkungen.

Die Begründungen für "private Initiative" stützen sich meist auf das Herkömmliche.

"Mehr Arbeit, mehr Handel, mehr Einkommen - logisch ..."  
- Holzarbeiter, unter 30 J., Bayern.

"Durch langjährige Erfahrungen ist bewiesen, daß durch Sozialisierungen jede Freizügigkeit gehemmt, die Verwaltung verteuert und die Betriebe oft unrentabel werden. Anstatt Steuern einzubringen, belasten sie dann den Staatshaushalt" - Kaufmann, 50-65 J., Baden.

"Ein ordentlicher Chef ist wichtiger als alles andere" - Kraftfahrer, 30-50 J., Schleswig-Holstein.

"Im freien Wettbewerb ist jeder mehr interessiert" - Arbeiter (arbeitslos), 30-50 J., Schleswig-Holstein.

Natürlich besitzt die Sozialisierungs-Idee in den Gruppen mit niedrigerer Bildung und geringem Einkommen die verhältnismäßig größte Anhängerschaft.

-----  
 "Ist die Vermehrung des Volkseinkommens Ihrer Ansicht nach besser durch die Entfaltung der privaten Initiative und des freien Wettbewerbs erreichbar, oder durch Sozialisierungen?"

	Private Initiative	Sozialisierungen	Unentschieden
Schulbildung:			
Volksschule .....	62 %	25 %	13 %
Mittlere Reife .....	78 %	18 %	4 %
Abitur .....	81 %	13 %	6 %
Beruf:			
Arbeiter .....	52 %	32 %	16 %
Landarbeiter .....	58 %	31 %	11 %
Angestellte .....	78 %	17 %	5 %
Beamte .....	82 %	14 %	4 %
Landwirte, Bauern .....	84 %	10 %	6 %
Selbständige i. Handel u. Gew. .....	84 %	11 %	5 %
Freie Berufe .....	83 %	12 %	5 %

-----

Die proletarische Gruppe (Arbeiter, Landarbeiter) und der Mittelstand (Angestellte, Beamte) setzen sich scharf von einander ab. Wenn in der Nachfolge des Krieges eine weitere Deklassierung des Mittelstandes stattgefunden hat, etwa durch die Währungsreform, so sind jedoch keine tiefgehenden Rückwirkungen auf die politische Orientierung dieser Schicht zu verzeichnen.

Auffällig ist auch die Blässe, mit der die Notwendigkeit einer Sozialisierung begründet wird, auffälliger noch die geringe Zahl der Kommentare. Meist waren die Anhänger dieses Verfahrens außerstande, ihrer Stellungnahme eine Erläuterung zu geben.

"Durch einheitliche Planung und Lenkung sollte mehr erreicht werden" - Maurerpolier, 30-50 J., Schleswig-Holstein.

"Weil durch das Großkapital die Menschen nur ausgewirtschaftet wurden" - Schneiderin, 50-65 J., Bayern.

"Privatinitiative schafft nur Kriege durch ihre Habsucht" - Bauarbeiter (arbeitslos), unter 30 J., Niedersachsen.

Rund 30 v.H. der Befragten haben sich entweder allgemein für Neuverteilung des Volkseinkommens ausgesprochen oder dessen Steigerung durch Sozialisierung gefordert.<sup>x)</sup> Gleichfalls knapp ein Drittel trat entschieden für Privatinitiative ein. Der Rest wich aus : durch Hinweis auf die Zwecklosigkeit aller Bemühungen um eine befriedigende Weltordnung; durch eingestandene oder verhüllte Unfähigkeit, diese Probleme zu überschauen.

Somit hat es den Anschein, als seien die Kräfte der politisch interessierten, regsamen Gruppen etwa gleichmäßig verteilt. Solange man sich an die formale Aussage hält, scheint diese Konstruktion überzeugend. Aber schon die Tatsache, daß nur jene Kreise, die sich selber als deutlich partei-orientiert bezeichneten, auf die gestellten Fragen in Übereinstimmung mit der jeweiligen Doktrin zu antworten vermochten, gibt zu denken.

Es wurde mit dem Begriff "Sozialisierung" umgegangen, als sei vorauszusetzen, daß er allgemein verstanden würde. Und wie sollte es anders sein können, da die politische Diskussion doch nahezu täglich und oft leidenschaftlich damit umgeht? Die publizistischen Massenorgane - Presse, Rundfunk - nähren jedoch steigend den Irrtum, daß die politische Intelligenz und Information der Majorität durch das Trommelfeuer der Vokabeln verbessert worden sei. In Wirklichkeit ist aber bestenfalls eine Ausbreitung der Halbbildung zu verzeichnen - die Angesprochenen haben "etwas läuten" hören, und das Kabarett macht sich über den kleinen Mann lustig, indem es dessen radebrechenden Kampf mit den Schlagworten kopiert.

Die einfache Frage: "Was stellen Sie sich unter Sozialisierung vor?" erbrachte eindringliches Anschauungsmaterial : weniger, weil ein beträchtlicher Teil der Antworten objektiv falsche Inhalte hatte, als vielmehr wegen der halbgaren, ungenauen, verwaschenen Erklärungen, die, überwiegend gefühlsbetont, ans Licht gebracht werden konnten. Nach Kenntnis dieser Kommentare ver-

---

x) Diese Gruppe besteht aus jenen 22 v.H., die sich direkt für "Neuverteilung" entschieden hatten, und ferner aus dem Fünftel der Teilgruppe, die bei der Alternative "Privatinitiative oder Sozialisierungen" für die Sozialisierungen eingetreten war : 22 v.H. der Teilgruppe von 43 v.H.

wundert es auch weniger, weshalb das Eintreten für Sozialisierung statt Privatinitiative so blaß, temperamentlos ausgefallen war.

"Da fragen Sie mich zuviel, damit habe ich mich noch nicht beschäftigt. Ich gehe lieber zum Tanzen" - Fabrikarbeiterin, unter 30 J., Bayern.

"Man schreibt in der Zeitung viel, aber ich habe mich noch nicht mit solchen Dingen befaßt" - Landwirts-tochter, unter 30 J., Württemberg.

"Kann ich mir gar nichts vorstellen" - Dachdecker, unter 30 J., Bayern.

"Das ist ein Begriff, mit dem sich die Politiker be-fassen können" - Arbeiterfrau, unter 30 J., Nieder-sachsen.

"Das ist eine Frage, mit der ich mich noch nicht be-schäftigt habe" - Landwirt, 50-65 Jh., Hessen.

"Das ist so eine Sache - der eine sagt dies, der andere das. Aber was ist es nun wirklich?" - Arbeiter, 30-50 J., Schleswig-Holstein.

23 v.H. der Befragten geben in dieser oder ähnlicher Weise an, nicht zu wissen, was Sozialisierung sei; in der Mehrzahl sind es Frauen. Präziser : von 100 Frauen 35. Nicht viel anders sieht es auf dem Lande aus - 34 v.H. der Bauern wissen nichts zu sagen, und 32 v.H. der Landarbeiter.

---

"Was stellen Sie sich unter Sozialisierung vor?"

Ohne Wissen :

Gesamt .....	27 %
Männer .....	16 %
Frauen .....	39 %
Schulbildung:	
Volksschule .....	29 %
Mittlere Reife .....	19 %
Abitur .....	9 %
Monatseinkommen :	
Bis 50 DM .....	37 %
50 - 150 DM .....	29 %
150 - 250 DM .....	28 %
250 - 350 DM .....	19 %
350 - 500 DM .....	16 %
500 DM und mehr .....	12 %

---

Die verschiedenen Altersgruppen verhalten sich nahezu gleich, d.h. in jeder Generation erklärt sich etwa ein Viertel als nicht unterrichtet. Der Zusammenhang der politischen Bildung mit der Art des Schulbesuchs fällt auch hier scharf pointiert ins Auge : wie überhaupt die Volksschule nicht gerade sonderlich erfolgreich scheint, Grundlagen für eine selbständige Urteilskraft zu liefern.

In den sozialen Schichtungen liegen die unteren Einkommensklassen besonders ungünstig, in den Berufsgruppen - wie gesagt - die Bauern und Landarbeiter am letzten Platz. Dann folgen aber schon die Arbeiter (21 v.H.), und erst in der Kategorie der Angestellten erfolgt eine meßbare Abgrenzung gegenüber dem Durchschnitt (18 v.H. erklären sich "ohne Wissen"). In den Freien Berufen sind es nur 12 v.H., die keine Angabe machen können.

Zu diesen 23 v.H., die sich selber als "nicht unterrichtet" bezeichneten, kommen weitere 4 v.H., die sonstige, nicht zutreffende Definitionen gaben. Wie verteilen sich die übrigen 73 v.H., die irgend eine Erklärung lieferten?

---

"Was stellen Sie sich unter Sozialisierung vor?"

- 1.) Konkrete Aussagen : Überführung der Produktionsmittel, Banken, Bodenschätze und Verkehrsbetriebe in den Besitz des Volkes .....10 %
  - 2.) Verstaatlichung .....25 %
  - 3.) Kontrolle des Staates, der Gewerkschaften etc. über die Wirtschaft .....3 %
  - 4.) Allgemeine Angaben wie : Mitbestimmung der Arbeiter, Beteiligung am Gewinn .....11 %
  - 5.) Allgemeine Angaben wie : Abschaffung der Privatinitiative und Schlagworte .....5 %
  - 6.) Unklare, negative Vorstellungen wie : Herrschaft der Masse, Parteienwirtschaft, Abschaffung der Freiheit .....8 %
  - 7.) Unklare, positive Vorstellungen wie : auch die Armen sollen etwas bekommen, die Reichen von ihrem Überfluß abgeben .....11 %
- 

Bei strenger Auswahl bleiben nur 10 v.H. richtiger Antworten übrig. 25 v.H. verwechseln Sozialisierung mit Verstaatlichung,

desgleichen sehen 3 v.H. die staatliche (oder gewerkschaftliche) Kontrolle als entscheidend an - bedeutende Unschärfen zwar, die aber nicht beiseite geschoben werden können. Politik wird nicht in Seminaren gemacht, und für die Masse sind die Unterschiede im Verfahren gewiß ohne Belang; sie hält sich an Absicht und Ziel. Insofern darf gefolgert werden, daß rund 38 v.H. der Befragten eine mehr oder minder zutreffende Vorstellung von der Theorie der Sozialisierung besitzen ("Definierende Gruppe").

Weitere 35 v.H. müssen zu den Unwissenden gezählt werden, da sie nur Bruchstücke dieses Programms, und zwar oft nebensächliche, erwähnen, oder Schlagworte - teils aus dem Vokabular des Sozialismus schlechthin, teils aus dem gereizten oder verschüchterten Protest der bürgerlichen Welt ("Gefühlsbetonte Gruppe").

"Was stellen Sie sich unter Sozialisierung vor?"

	Definierende Gruppe	Gefühlsbetonte Gruppe	(Ohne Wissen)
Gesamt .....	38 %	35 %	(27 %)
Männer .....	49 %	35 %	(16 %)
Frauen .....	28 %	33 %	(39 %)
<b>Schulbildung:</b>			
Volksschule .....	34 %	37 %	(29 %)
Mittlere Reife .....	48 %	33 %	(19 %)
Abitur .....	60 %	31 %	(9 %)
<b>Monatseinkommen:</b>			
Bis 50 DM .....	15 %	48 %	(37 %)
50 -150 DM .....	35 %	36 %	(29 %)
150 -250 DM .....	37 %	35 %	(28 %)
250 -350 DM .....	45 %	36 %	(19 %)
350 -500 DM .....	52 %	32 %	(16 %)
500 DM und mehr .....	56 %	32 %	(12 %)
<b>Wohnortgröße:</b>			
Bis 2.000 Einwohner .....	34 %	36 %	(30 %)
2 - 20.000 Einwohner .....	39 %	37 %	(24 %)
20 - 100.000 Einwohner .....	39 %	34 %	(27 %)
100.000 und mehr Einwohner .....	41 %	35 %	(24 %)

Daß sich die Gefühlsbetonte Gruppe im Effekt nicht wesentlich von der nach eigenem Eingeständnis ahnungslosen Schicht unterscheidet, wird bei Durchsicht der Erklärungen nachdrücklich bestätigt. Wie ein Seufzer wiederholt sich - nahezu wörtlich - der Satz: "Daß es für die Kleinen Leute besser werden soll".

"Sozialisierung ist, daß einer dem anderen hilft, damit das Wohl der Allgemeinheit gehoben wird" - Schlosser, unter 30 J., Nordrhein-Westfalen.

"Ich nehme an, Altersversorgung, damit wir später, wenn wir nicht mehr arbeiten können, einen Notgroschen haben" - Maurerpolier, 30-50 J., Bayern.

"Daß man, wenn man krank ist und nicht mehr arbeiten kann, etwas bekommt" - Bäuerin, 30-50 J., Württemberg.

"Daß das Vermögen des Volkes zu gleichen Teilen verteilt wird" - Sohn eines Landwirts, unter 30 J., Hessen.

"Daß wir einen normalen Lebensstandard in Deutschland wiedererlangen und die Not behoben wird" - Torf-arbeiterin, 50-65 J., Niedersachsen.

"Daß alles zu seinem Recht kommt und endlich jeder Mensch leben kann und nicht mehr so hinvegetiert" - Schreiner, 30-50 J., Baden.

"Die ganzen Lasten auf gleiche Schultern, nicht nur ein Teil soll die Lasten allein tragen" - Arbeiterin, 30-50 J., Schleswig-Holstein.

"Daß die dicken Bonzen da oben endlich rausfliegen und der Arbeiter das kriegt, was ihm zusteht" - Bergmann, 30-50 J., Nordrhein-Westfalen.

"Das ist die Hebung des Arbeiterstandes, das Aufblühen des Staates zu wirtschaftlichem Wohlstand und Wohlergehen für alle Bürger" - Landarbeiter, unter 30 J., Niedersachsen.

"Dem Volke Brot und Arbeit verschaffen - nach System gleich wie in England und Amerika" - Arbeiter (arbeitslos), 30-50 J., Schleswig-Holstein.

"Die Wirtschaft soll besser florieren" - Bauer, 30-50 J., Baden.

"Gesetze, die ermöglichen, daß jeder Einzelne leben kann, wie es ihm gebührt, standesgemäß" - Kaufm. Angestellter, 30-50 J., Baden.

"Steuersenkung" - Angestellter, unter 30 J., Baden.

Wo negativ argumentiert wird, tauchen immer wieder Hinweise auf die deutsche Ostzone, die Sowjetunion und das Labour-Experiment auf.

- "Ungerechte Enteignung, bei der der Tüchtige um seine Belohnung betrogen wird" - Kleinfabrikant, 30-50 J., Nordrhein-Westfalen.
- "Eine Proletarisierung des ganzen Volkes" - Behördenangestellter, 30-50 J., Württemberg.
- "Russische Methoden" - Witwe, mithelfend in der Landwirtschaft, unter 30 J., Schleswig-Holstein.
- "Wegnahme von Eigentum durch den Staat : Diebstahl" - Steuerberater, 50-65 J., Niedersachsen.
- "Vermassung" - Hausfrau, 50-65 J., Niedersachsen.
- "Besitzenteignung der anständigen Menschen" - Landwirt, 30-50 J., Bayern.
- "Wirtschaftlicher Rückschritt" - Studienrat, 50-65 J., Nordrhein-Westfalen.
- "Eine Phrase, die doch wieder die kleinen Leute ausbaden haben" - Arbeiterin, 50-65 J., Nordrhein-Westfalen.
- "Wird alles verwirtschaftet - siehe England" - Hausfrau, 30-50 J., Bayern.
- "Einrichtung für solche, die auf Kosten der Fleißigen und Schläuen verdienen wollen, siehe Krankenkassen" - Beamtenfrau, 30-50 J., Nordrhein-Westfalen.
- "Diktatur der SPD-Bonzen, Klassenhaß, Propaganda" - Maurer, über 65 J., Schleswig-Holstein.

x

Was für ein Befund : die Menschen debattieren über Für und Wider der Sozialisierung, sie kämpfen, sie halten sich bis ins Detail für zuständig, und sie haben doch, unter die Lupe genommen, in der Mehrzahl keine Ahnung oder, wenn es hoch kommt, nur "etwas läuten" hören. Welches Gewicht kommt solchen Lippenbekenntnissen zu?

Nichts berechtigt zu der Annahme, daß die Engländer besser abschneiden würden. Für den Machtkampf kommt es offensichtlich nur darauf an, ob ein politisches Ziel der jeweiligen Tendenz der Massen entgegen kommt, ob es stimmungsmäßig akzeptiert wird. Das Bedürfnis nach Klarheit ist gering. In diesem Sinne hat die Sozialisierung zur Zeit nur beschränkten Kredit. Jedoch bringt die Gesamtheit der wörtlichen Äußerungen der Befragten eine dumpfe Sehnsucht nach Erholung zum Ausdruck, auch dort, wo die Depression, die Meinung, es gäbe keine Gerechtigkeit, tief verwurzelt ist.

x

Rund 10 v.H. aller Befragten hätten sich für eine Vermehrung des Volkseinkommens durch Sozialisierung ausgesprochen. Um festzustellen, welche Form gemeint war, wurden diese gefragt :

"Glauben Sie, daß eine volle Sozialisierung nach russischem Muster die notwendige Vermehrung und gerechte Verteilung des Volkseinkommens ermöglicht - oder glauben Sie, daß eine beschränkte Sozialisierung etwa nach dem Vorbild der englischen Arbeiterpartei oder nach den Plänen der deutschen Sozialdemokratie diese Vermehrung und gerechte Verteilung des Volkseinkommens verspricht?"

	<u>Gesamt</u>	<u>Männer</u>	<u>Frauen</u>
Für die Planung der SPD ..55 %	.....61 %	.....47 %	
Nach englischem Vorbild ..15 %	.....15 %	.....16 %	
Nach russischem Muster ....5 %	.....4 %	.....6 %	
Sonstige Vorschläge .....6 %	.....5 %	.....6 %	
Unentschieden .....19 %	.....15 %	.....25 %	

Wo Sympathie für die Pläne der SPD geäußert wurde, fehlt es an konkreten Erklärungen. Meist wird nur angeführt, daß die ausländischen Experimente, ob Russisch oder Englisch, wenig oder gar nichts für sich hätten, und daß es deshalb wohl besser sei, einen spezifisch deutschen Versuch zu unternehmen. "Wir wollen das ruhig mal selber probieren" oder "Nach ganz neuen Gesichtspunkten" so lauteten die spärlichen Begründungen.

x

Die Menschen wollen sicher gehen. Sie sind lange Jahre mit Hoffnungen gefüttert und mit Utopien geblendet worden. Sie haben auch den nationalsozialistischen Kurs nicht verstanden, aber ihr Vertrauen investiert : und eben vor einer Wiederholung zucken sie zurück. Gewiß, das Spiel mit Illusionen hat nicht aufgehört - wenn auch ein erheblicher Teil an nichts mehr glaubt, was mit Politik zu tun hat. Ihre Kräfte tummeln sich auf anderen Feldern : die großen Sportfeste, die Astrologie und Gröning sind Ventile der Epoche.

Der Staat? Wie tief sitzt die Feindseligkeit, die sich in der Kritik an den Beamten und an den Steuern Luft macht?

"Halten Sie die Verstärkung des staatlichen Einflusses, die als Folge einer Sozialisierung eintreten würde, für einen Vorteil oder für einen Nachteil?"

	<u>Gesamt</u>	<u>Männer</u>	<u>Frauen</u>
Vorteil .....	23 %	28 %	18 %
Nachteil .....	45 %	49 %	41 %
Unentschieden .....	26 %	19 %	33 %
Ohne Antwort .....	6 %	4 %	8 %

Die Autorität kann noch mit einer gewissen Reserve rechnen, wenn auch das Kapital überwiegend verbraucht ist.

Überraschend tritt die prinzipielle Staatsgläubigkeit der Linken hervor.

"Halten Sie die Verstärkung des staatlichen Einflusses, die als Folge einer Sozialisierung eintreten würde, für einen Vorteil oder für einen Nachteil?"

	Vorteil	Nachteil	Unent- schieden	Ohne Antwort
CDU/CSU .....	11 %	58 %	24 %	7 %
FDP .....	16 %	66 %	15 %	3 %
SPD .....	52 %	19 %	26 %	3 %
KPD .....	62 %	27 %	8 %	3 %

Das Gegengewicht bilden die bürgerlich orientierten Gruppen : sie sind um so ablehnender.

In den niedrigen Einkommensgruppen (Arbeiter, Landarbeiter) wird der staatliche Einfluß überdurchschnittlich als Vorteil bezeichnet, die Angestellten, Beamten, Bauern und Selbständigen hingegen halten ihn zu mehr als der Hälfte für einen Nachteil. Dabei handelt es sich auf der einen Seite um das Bedürfnis nach Sicherung gegen Willkür, auf der anderen Seite um die Zurückweisung der Einmischung durch die Bürokratie.

Hoch krasser reagieren die Bildungsgruppen. Volksschüler halten die Verstärkung des staatlichen Einflusses zu 39 v.H. für einen

Nachteil, Befragte mit Abitur zu 66 v.H.

Aber mehr als die Hälfte der Versuchspersonen betrachten den Staat wie ein Ungeheuer, das man nicht zu kräftig werden lassen darf. Zwar möchte man nach außen respektabel in Scene treten, aber im eigenen Hause geht die Bedenklichkeit um. Welche Gründe?

"Wir haben schon genug Beamte" - Buchhalterin, 30-50 J., Niedersachsen.

"Der Staat hat in der Wirtschaft nichts zu suchen" - Bauer, 50-65 J., Nordrhein-Westfalen.

"Weil man in der Privatwirtschaft mit Interesse arbeitet, während unter Staatsaufsicht nur gefaulenzt wird" - Angestellter, 30-50 J., Niedersachsen.

"Es werden zu starre Gesetze aufgestellt" - Graphikerin, 30-50 J., Württemberg.

"Ob die Willkür in der Hand von Unternehmern oder in der Hand des Staates liegt, ist letztlich egal" - Modelltischler, 30-50 J., Württemberg.

Ein Viertel der Befragten war unentschieden; eine erstaunliche Zahl. Aber sie vergrößerte sich weiter, als - mit einem indirekten Appell an das Selbstbewußtsein der Arbeitnehmer - die Probe aufs Exempel der Staatsunlust gemacht wurde.

"Glauben Sie, daß die Vertretungen der Arbeitnehmer, z.B. die Gewerkschaften, bei einer Sozialisierung stark genug bleiben würden, um ihre Forderungen gegenüber dem Staat durchzusetzen, oder glauben Sie, es könnte auch anders kommen?"

	Durchsetzen	Nicht durchsetzen	Unent- schieden	Ohne Antwort
Gesamt .....	21 %	41 %	32 %	6 %
Männer .....	26 %	45 %	25 %	4 %
Frauen .....	16 %	37 %	39 %	8 %
Altersgruppen:				
Unter 30 Jahre .....	21 %	43 %	31 %	5 %
30 - 50 Jahre .....	20 %	40 %	35 %	5 %
50 - 65 Jahre .....	24 %	43 %	26 %	7 %
65 Jahre und älter .....	17 %	34 %	41 %	8 %
Schulbildung:				
Volksschule .....	21 %	38 %	35 %	6 %
Mittlere Reife .....	22 %	46 %	27 %	5 %
Abitur .....	19 %	53 %	24 %	4 %

Bedeutet diese Entscheidung ein Mißtrauensvotum gegen den Staat oder - gegen die Gewerkschaften? Die Antworten auf diese hypothetische Frage gründen sich gewiß auf aktuelle Einsichten, und danach hat der Beamte den Funktionär längst **übertundet**: jedenfalls nach dem Urteil der Regierten und Organisierten. Die Frauen beugen sich vor der Staatsmacht noch resignierter als die Männer; sie sind überhaupt, wie schon angemerkt wurde, dem Pessimismus zugänglicher. Es ist ein schwacher Ausgleich, daß sich die Versuchspersonen mit deutlicher politischer Orientierung wieder einigermaßen linientreu verhalten.

"Glauben Sie, daß die Vertretungen der Arbeitnehmer, z.B. die Gewerkschaften, bei einer Sozialisierung stark genug bleiben würden, um ihre Forderungen gegenüber dem Staat durchzusetzen, oder glauben Sie, es könnte auch anders kommen?"

	Durchsetzen	Nicht durchsetzen	Unentschieden	Ohne Antwort
CDU/CSU	15 %	45 %	32 %	8 %
FDP	16 %	53 %	26 %	5 %
SPD	46 %	23 %	27 %	4 %
IPD	54 %	19 %	27 %	-

Wohl verraten die Arbeiter mehr Zutrauen zu den Gewerkschaften (27 v.H.) als die Selbständigen in Handel und Gewerbe (18 v.H.), aber der Unterschied ist relativ gering, und die Gewerkschaften werden oft unfreundlich apostrophiert.

"Die Gewerkschaften bezwecken nichts, weil der Kapitalismus das letzte Wort hat" - Mechaniker, 30-50 J., Bayern.

"Die Gewerkschaften sind wie die Fähnchen im Winde; wenn die Kommunisten kommen, gehen sie mit denen" - Witwe, 50-65 J., Bayern.

"Weil ich der Reichsbahn-Gewerkschaft angehöre, glaube ich nicht, daß sie sich durchsetzen können. Ich kenne die Sache jetzt gut" - Schlosser, unter 30 J., Nordrhein-Westfalen.

"Gewerkschaft ist jetzt schon schwach" - Frau eines Kaufmanns, 50-65 J., Bayern.

"Wahrscheinlich hätten die Gewerkschaften dann überhaupt keinen Einfluß mehr" - Beamter, 50-65 J., Bayern.

"Lassen sich kaufen wie so mancher Betriebsrat" - Arbeiter, 30-50 J., Niedersachsen.

"Beispiel 1933; gleichfalls 'Demokratie' Rußland" -  
Arbeitsloser, 30-50 J., Schleswig-Holstein.

"Ich komme aus der Ostzone und weiß, daß die Gewerkschaft  
nur für den Staat, aber nicht für den Arbeiter da ist" -  
Arbeiterfrau, 30-50 J., Bremen.

Auch diejenigen, die annehmen, daß sich die Gewerkschaften durchsetzen würden, schränken gelegentlich ein : der Staat dürfe keine Diktatur sein, es müsse demokratisch zugehen. Einmal fällt, fast wehmütig, der Spruch : "Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will". Aber nur einmal, von einem fast 65jährigen Mann, in Hessen.

x

Diese Fragen sollten Einblick in die geistige und gefühlsmäßige Disposition, in das latente Bewußtsein der Arbeitnehmer verschaffen. Die Auseinandersetzung um Doktrin, System und Weltanschauung wird nur von einer sehr kleinen Gruppe wach und mit scharfen Augen verfolgt. Die Majorität ist nur am Rande beteiligt. Die sozialen Forderungen werden angemeldet, aber sie erzeugen keine breite klassenkämpferische Mentalität.

Mit einer weiteren Test-Frage, die ganz unverfänglich, wie eine sachliche Recherche formuliert war, wurde nochmals versucht, diese Mentalität zu überprüfen.

-----  
"Wer soll Ihrer Ansicht nach die Leitung sozialisierter Betriebe übernehmen?"

Technische Fachleute .....	30	%	x)
Die früheren Besitzer .....	29	%	
Der Betriebsrat .....	14	%	
Die Gewerkschaften .....	9	%	
Die Behörden .....	4	%	
Sonstige Angaben .....	4	%	
Unentschieden .....	16	%	
Keine Antwort .....	9	%	

x) Die Zahlen addieren zu mehr als 100, da manche Befragte mehrere Angaben gemacht haben.

-----

Gegenüber der gleichsam konkreten Situation, mit der sich die Vorstellungskraft zu beschäftigen hatte, behauptete sich instinktiv die nüchtern-praktische Überlegung, daß vor allem keine Unordnung eintreten dürfe. Nahezu 60 v.H. der einzelnen Angaben haben diese Bedeutung; sie schlagen zu gleichen Teilen die "früheren Besitzer" und "technische Fachleute" vor, - eine Anerkennung der Wechselbeziehungen, die zwischen einer qualifizierten Leitung und dem gesicherten Arbeitsplatz bestehen.

"Der frühere Besitzer kennt den Betrieb, kann ihn leiten und am meisten erzeugen" - Tischler, 50-65 J., Niedersachsen.

"Weil er bei angemessener Bezahlung und Beteiligung den Betrieb höchstwahrscheinlich so weiter führen würde, als ob es sein eigener wäre" - Beamter, 30-50 J., Bremen.

"Er wird immer noch besser schaffen als Organisationen" - Rentner (Flüchtling), über 65 J., Bayern.

"Ich glaube, daß die Besitzer immer noch am sozialsten eingestellt sind" - Schwerkriegsbeschädigter, 30-50 J., Nordrhein-Westfalen.

"Der kennt wenigstens seine Leute" - Arbeiterin, 50-65 J., Nordrhein-Westfalen.

Der Eifer, mit dem der Vorteil, den früheren Besitzer im Amt zu lassen, begründet wird, läßt Viele vergessen, daß Sozialisierung mit Enteignung gleichbedeutend ist: sie vergessen oder wissen es nicht. Aus solcher Quelle kommen Anregungen wie "An besten der Betriebsrat zusammen mit dem früheren Besitzer; dann wird keiner benachteiligt". Aber schon die Hypothese weckt Existenzfurcht: der Betrieb (und wahrscheinlich steht dem Einzelnen sein Betrieb vor Augen) dürfe nicht in eine Krise geraten. Ein Viertel der Stimmen aus der Arbeiterschaft (26 v.H.) tritt für "die früheren Besitzer" ein, 27 v.H. sind für Technische Fachleute - die wohl als unpolitisches Personal betrachtet werden dürfen - und nur knapp ein Fünftel (19 v.H.) entscheidet sich für den Betriebsrat und 13 v.H. für die Gewerkschaften. In den Einkommensgruppen bis 250 DM finden die Lösungen "Betriebsrat" und "Gewerkschaften" noch weniger Anklang. Selbst die "politisch orientierte Gruppe" ist, wie die folgende Aufstellung zeigt, in beachtlichem Umfang inkonsequent, soweit es sich um die Sozialisten handelt.

"Wer soll Ihrer Meinung nach die Leitung sozialisierter Betriebe übernehmen?"

	Son- sti- ge	Keine Ant- wort	Tech- nische Fach- leute	Frühere Besitzer	Be- triebs- rat	Ge- werk- schaft	Be- hör- den	Unent- schie- den
CDU/CSU	3 %	13 %	27 %	34 %	13 %	7 %	3 %	20 %
FDP	2 %	7 %	32 %	40 %	10 %	2 %	3 %	14 %
SPD	5 %	3 %	31 %	21 %	26 %	24 %	4 %	10 %
KPD	-	5 %	33 %	11 %	35 %	33 %	8 %	-

Rund ein Fünftel der SPD- und etwa ein Zehntel der KPD-Stimmen toleriert die "früheren Besitzer", ein Indiz dafür, daß in diesen Fraktionen das Thema entweder nicht zu Ende gedacht worden ist, oder daß sie sich des Erfolges einer totalen Ausschaltung (wie in der Ostzone) nicht hinlänglich versichert glauben. Seltsam scheint auch, daß die Anhänger der bürgerlichen Parteien zu so hohem Prozentsatz auf die theoretische Kombination "Sozialisierung unter Beibehaltung der früheren Eigentümer" eingehen: der Vorbehalt, daß dies dem sozialistischen Konzept widerspreche, wird vergleichsweise selten erhoben.

x

Die Fragen zur Sozialisierung offenbaren ein weitgehend dilettantisches Verhältnis der Menschen gegenüber der umständlichen Maschinerie, mit der die moderne Politik verglichen werden kann. Sie erhalten in der Majorität weder die Bildungsmittel, die sie zur Verbesserung des Verständnisses benötigen würden, noch gestattet ihnen der soziale Tageskampf, vorhandene Anlagen zu entwickeln. Hieran wird sich innerhalb der nächsten Jahre, vielleicht Jahrzehnte nichts ändern. Der Zustand, der andeutungsweise aufgedeckt wurde, verleitet zu der Überlegung, ob der deutschen Demokratie unter diesen Umständen nicht besondere Gefahren erwachsen.

Der Einwand, daß in anderen Ländern entsprechende Tatbestände vorliegen mögen, entkräftet diese Befürchtung nicht; denn Deutschland ist ein vielfach gefährdetes, empfindliches Terrain. Die mehr und mehr in Vergessenheit geratenden Erfahrungen der Weimarer Republik lassen Parallelen zu. Die sozialen Einbrüche, die

der verlorene Weltkrieg I verursachte, wurden erst dadurch explosiv, daß demagogische, die Problematik versimpelnde Parolen der waltenden Indifferenz den Zündfunken lieferten. Der Einfluß Hitlers erklärt sich unter anderem daraus, daß er in der politischen Argumentation das bis dahin stillschweigend vereinbarte Niveau unterbot, und hieraus ein System machte. Von unten her gesehen, hatte diese Methode freilich ein anderes Gesicht : Polemik und Propaganda der Nationalsozialisten arbeiteten ausschließlich mit Worten, die der Masse mindestens durch Überlieferung gegenständlich, verständlich waren, und sie fanden auf diese Weise eine Resonanz, die der komplizierten Republik versagt blieb.

Unterstellt man, daß dem innerpolitischen Verhalten der Deutschen heute eine entscheidende außenpolitische Bedeutung inneohnt, so erhält der skizzierte Zustand das richtige Licht - und die ihm zukommende Perspektive. Wo die Demokratie Gewohnheit geworden ist - wie in Deutschland der "starke Mann" und die Disziplin - zeigt der Grad der Indifferenz noch keine Alarmstufe an : hierüber wird noch zu sprechen sein.

x

Wohl hatte auch die folgende Frage noch einen examinerischen Klang, aber er mag für die Versuchspersonen kaum hörbar gewesen sein. Sie ist, in anderem Wortlaut, bei anderer Gelegenheit, aber mit der Leidenschaft der Stunde nahezu in jedem Kreise einmal diskutiert worden, da sie, vor allem in der nationalsozialistischen Ära, den Mittelpunkt theoretischer Spekulationen wie praktischer Erfahrungen bildete.

"Auf welche Weise können die Gütererzeugung, der allgemeine Wohlstand und ausreichende Beschäftigung aller Arbeitskräfte besser gesteigert werden :

- a) durch national begrenzte Wirtschaftssysteme, die sich durch Zölle und andere Maßnahmen gegen fremde Konkurrenz schützen, oder
- b) durch die Herstellung freien internationalen Wettbewerbs und freien internationalen Verkehrs?"

Gesamt-Gruppe :

Durch internationalen Wettbewerb .....	65 %
Durch nationale Systeme .....	14 %
Unentschieden .....	19 %
Ohne Antwort .....	2 %

Von den Unentschiedenen abgesehen, die vielfach Vorbedingungen stellen, zum Beispiel die Rückgabe der Ostgebiete, wendet sich die überwiegende Mehrheit gegen jede auch nur geringfügig autarke Konzeption. Es entläßt sich mehr, als angestrebt wurde, nämlich das dicht aufgestaute Verlangen nach einer mindestens europäischen, wenn nicht weltweiten Zusammenarbeit. Wenn es eine Tendenz gibt, die Aussicht besitzt, populär zu werden, so ist dies auch nach dem Ergebnis anderer Umfragen - die Tendenz zur internationalen Kollaboration. Für ein solches Akzept würden die Deutschen von 1949 die Gegenleistung des guten Willens rückhaltlos bereit stellen - in einem Umfang, wie er schwerlich wieder zu erreichen sein dürfte.

Eine ähnliche Fülle von Befürwortungen einer vorgeschlagenen Lösung ist bei keiner anderen Problemstellung erzielt worden.

"Die Welt muß friedlich zusammenhalten" - Bäuerin, 30-50 J., Niedersachsen.

"Die Grenzen müßten überhaupt fallen" - Arbeiter, 50-65 Jh., Nordrhein-Westfalen.

"Weil Zölle den allgemeinen Lebensunterhalt verteuern" - Angestellter, unter 30 J., Rheinland-Pfalz.

"Ein gesunder Wirtschaftswettbewerb hilft auch mit, dem Nationalismus zu entgehen" - Angestellter, unter 30 J.,  
Fabrik-

"Alles andere ist undemokratisch" - Hausfrau, 50-65 J., Nordrhein-Westfalen.

"Die Deutschen sind ein strebsames, fleißiges, erfindarisches Volk, das diesen Wettbewerb aushalten kann" - Landwirt, 50-65 J., Bayern.

"Nur der sich daraus entspinende Konkurrenzkampf dient der Volkswirtschaft" - Werkmeister, 30-50 J., Nordrhein-Westfalen.

Zurückhaltender reden die Bauern. Sie sind besonders unsicher, geben fast die meisten unentschiedenen Stimmen ab und sind nur zu 41 v.H. für "internationalen Wettbewerb", hingegen zu 20 v.H. (Durchschnittszahl : 14 v.H.) für "nationale Systeme".

"In der Landwirtschaft müssen wir bestimmte Zollgrenzen haben" - Bauer, 30-50 J., Niedersachsen.

"Teil bei unregelter Einfuhr unsere Landwirtschaft totginge" - Bauer, 30-50 J., Niedersachsen.

"Fortfall der Zölle würde sehr viel Schaden mit sich bringen" - Landwirtschaftlicher Verwalter.

"Sonst stinken unsere Eier" - Frau eines landwirtschaftlichen Einkäufers.

"Auf welche Weise können die Gütererzeugung, der allgemeine Wohlstand und ausreichende Beschäftigung aller Arbeitskräfte besser gesteigert werden :

- a) durch national begrenzte Wirtschaftssysteme, die sich durch Zölle und andere Maßnahmen gegen fremde Konkurrenz schützen, oder
- b) durch die Herstellung freien internationalen Wettbewerbs und freien internationalen Verkehrs?"

Wohnortgröße:		Inter- nationaler Wettbewerb	Natio- nale Systeme	Unent- schiede- nen	Ohne Antwort
Bis 2.000 Einwohner	....59 %	....21 %	....19 %	....1 %	
2 - 20.000 Einwohner	....64 %	....14 %	....21 %	....1 %	
20- 100.000 Einwohner	....74 %	....14 %	....11 %	....1 %	
100.000 und mehr Einw.	....66 %	....11 %	....20 %	....3 %	

Die Kommunisten sind vor dieser Frage - im Hinblick auf die nationale Parole, der diese Partei gegenwärtig folgt - in eine gewisse Verwirrung geraten; sie stehen diesmal isoliert.

---

	Inter- nationaler Wettbewerb	Natio- nale Systeme	Unent- schiede-	Ohne Antwort
CDU/CSU .....	67 %	12 %	19 %	2 %
FDP .....	68 %	15 %	16 %	1 %
SPD .....	69 %	13 %	17 %	1 %
KPD .....	43 %	27 %	30 %	-

---

Unter den Bedenken gegen "internationalen Wettbewerb" finden sich nur vereinzelt Stimmen, die sich aus einer inneren Beziehung zum Dritten Reich erklären; wiederholt wird freilich eingeschränkt gesagt, daß zuvor "Deutschland den übrigen Staaten gleichgestellt werden müsse".

### III.

"Meistens wird zuviel versprochen", sagt eine knapp vierzigjährige Industriearbeiterin aus Nordrhein-Westfalen, und mit diesen Worten will sie ihr Urteil über die deutschen Parteien ausdrücken. Das ist gar nicht aggressiv gemeint, im Gegenteil, ein leichtes Aufschaukeln schwingt mit, gewissermaßen als unausgesprochene Anfrage, ob sich das nicht vielleicht ändern lasse. In ähnlicher Tonart reden auch Andere, und es klingt wie das Gespräch über Kinder, die Sorgen machen.

Aber es sind nicht viele, die zwischen Wohlwollen und Ablehnung schwanken. Die meisten haben sich entschieden. Jedenfalls erklären sie entweder, daß die Lage noch mißlicher geworden wäre, wenn es keine Parteien gäbe, oder sie meinen, die Parteien seien egoistisch. Wenn man so will, schwanken also auch die Entschiedensten, wie jene Arbeiterin aus dem Ruhrgebiet. Die Befürworter verweisen nicht auf Errungenschaften, sondern auf die Verhütung von Schlimmerem, und die Gegner haben eigentlich nur an der Praxis etwas auszusetzen, nicht am Prinzip.

In der Einleitung dieser Untersuchung wurde auf die hohe Beteiligung verwiesen, welche die Wahlen zum Bundestag erzielten, und bei dieser Gelegenheit war auch das Phänomen zu beobachten, daß ein Land, in dem die Kritik an den politischen Organisationen spürbar über das gewöhnliche Maß hinausgewachsen ist, mit überwältigender Mehrheit trotzdem diese immer wieder getadelten Parteien gewählt hat - obwohl unabhängige, parteilose Persönlichkeiten kandidierten. Desgleichen sei daran erinnert, daß 47 v.H. der Gesamtgruppe erklärten, sie besäßen Zutrauen zu der Partei, der sie ihre Stimme gewidmet hatten, und nur 28 v.H. vom Kleinsten Übel sprachen, oder davon, daß sie darüber keine bestimmte Meinung besäßen - die Letzteren waren vorwiegend Frauen.

Fragen dieser Art hatten das Interview eingeleitet. Kurz vor dem Abschluß wurde das Thema noch einmal berührt.

-----  
"Haben die politischen Parteien seit dem Zusammenbruch von 1945 Ihrer Meinung nach das Notwendige und Mögliche geleistet, um die Entwicklung zum Guten zu wenden?"

Ja .....13 %  
Nicht alle .....26 %  
Nein .....51 %  
Unentschieden .....10 %

-----  
Es wurde also das Urteil über einen größeren Zeitraum verlangt, und zwar über jenen Zeitraum, der in der Geschichte dieser Parteien immer als fragwürdig, kompromittierend, kurz, als besonders belastet erscheinen wird. Das Ergebnis dieser Frage würde zu falschen Schlüssen verleiten, wenn die wörtlichen Erläuterungen nicht zu Hilfe genommen werden könnten. Da wiederum von Dingen die Rede war, die sich im Gesichtskreis der Versuchspersonen abspielten, bei denen ihnen also eigene Beobachtung und Erfahrung zu Hilfe kamen, meldete sich ihr Instinkt, und sie registrierten das Wesentliche.

"Die Parteien hatten ja nicht viel zu sagen" - Handwerkersfrau, unter 30 J., Hessen.

"Wenn nicht, dann durch die Behinderung der Besatzungsmächte" - Arbeitsloser, 30-50 J., Bayern.

"Was nützt der gute Wille, wenn die Macht fehlt, oder wie es nach 1945 hieß, die Genehmigung und Unterschrift der Alliierten" - Witwe, 50-65 J., Nordrhein-Westfalen.

"Sie konnten es ja nicht, durch die Besatzungsmächte" - Hilfsarbeiter, 30-50 J., Nordrhein-Westfalen.

Vertrauen zur gewählten Partei, wie es im Zusammenhang mit der Bundestagswahl ermittelt wurde, hieß nicht : blindes Vertrauen, und trotz der gewiß vorhandenen Indolenz gegenüber dem organisierten politischen Bemühen gibt es keinen Grund zu der Annahme, daß man sich der Präsenz der herrschenden Gewalt verschließen wollte. Der obigen Tabelle folgend, sind 39 v.H. der Befragten bereit, den Parteien eine mehr oder minder gewichtige Anerkennung zu zollen.

Wie verhält sich dieses Ergebnis zu dem zitierten Resultat, das über die Wahlmotive Auskunft gab?

Eingangs sah die positiv gestimmte Gruppe größer aus : allerdings wurde eine andersartige Information verlangt. Die am Beginn der Untersuchung gestellte Frage sollte erkunden, ob die von der Versuchsperson gewählte - Partei zukünftig im Stande sein würde, die Entwicklung zum Guten zu wenden. Die zweite Frage hingegen verlangte eine Aussage über das Verhalten der Parteien zwischen 1945 und 1949.

Haben die Parteien moralisch Boden gewonnen? Ihr vergangenes Wirken wurde von 39 v.H. positiv beurteilt. Nuhmehr äußern 47 v.H. direktes Zutrauen.

Nahezu durch alle Gruppierungen hindurch wird die Tätigkeit der Parteien zwischen 1945 und 1949 etwa im gleichen Verhältnis abgelehnt.

"Jeder dachte an sich, an Wohnung, Auto und Essen" -  
Mühlenarbeiter, 30-50 J., Rheinland-Pfalz.

"Die Parteien taugen alle nichts. Bekämpfen sich gegenseitig" - Arbeiterfrau, 50-65 J., Hessen.

"Sind sich gegenseitig zuviel in den Rücken gefallen" -  
Angestellte, unter 30 J., Hessen.

"Sind zu egoistisch, verfolgen nur eigene Ziele" -  
Landarbeiter, 50-65 J., Baden.

In manchen Ländern ist die Beurteilung besonders ungünstig.

"Haben die politischen Parteien seit dem Zusammenbruch von 1945 Ihrer Meinung nach das Notwendige und Mögliche geleistet, um die Entwicklung zum Guten zu wenden?"

	Ja	Nicht alle	Nein	Unentschieden
Schleswig-Holstein	14 %	20 %	56 %	10 %
Hamburg, Bremen	25 %	23 %	43 %	9 %
Niedersachsen	14 %	25 %	52 %	8 %
Worldrhein-Westfalen	14 %	27 %	46 %	13 %
Hessen	10 %	24 %	56 %	10 %
Bayern	8 %	23 %	53 %	6 %
Württemberg-Baden	12 %	34 %	43 %	11 %
Rheinland-Pfalz	12 %	26 %	46 %	15 %
Württemberg-Hohenzollern, Baden	23 %	20 %	46 %	11 %
Berlin	14 %	25 %	50 %	11 %

Diese Resultate verraten lokale Spannungen; die demonstrative Verneinung in Bayern fällt aus dem Rahmen.

Die Anhänger der profilierten "klassischen" Parteien verhalten sich typisch: so sagen in erster Linie die Freien Demokraten, daß die vorhandenen Organisationen nicht das Mögliche geleistet hätten (Wein : 50 v.H.); es folgen die Kommunisten mit 43 v.H., die Sozialdemokraten mit 37 v.H.; die CDU/CSU-Anhänger mit 33 v.H. Diese Ergebnisse sind charakteristisch, weil die Demokraten meist die größte Unabhängigkeit in der Beobachtung aufweisen und am wenigsten von einer Doktrin abhängig sind. Daß die Kommunisten auf dem zweiten Platz erscheinen, hat andere, aber gleichfalls einleuchtende Gründe.

x

Im Hintergrunde schwelen die Ideale. Sie sind, wenn auch von mancherlei Tarnung überdeckt, vorhanden, und sie haben große Lebenskraft. Heute, gestern, vorgestern - die Grundgesetze gelten weiter. Wenn auch nur mit verletztem Stolz, so hören es die Deutschen - im Gegensatz zu anderen Nationen - gerne, daß sie ein unpolitisches Volk seien.

Sie haben die Politik nie geliebt, weil sie sich auf ihren Wegen gerne verwirrt, und es wäre vermessen, zu erwarten, daß sie ihr jetzt, da der vielleicht folgenschwerste Irrtum kaum überwunden ist, mit geöffneten Armen entgegenkommen. Es gäbe auch keinen Grund dafür. Die Gegenwart geht im bescheidenen Gewande.

Es hat sich gezeigt, daß die Realität und die Doktrin nicht unter ein Dach zu bringen sind. Der Arbeiter hat wenig Lust, sich mit dem Programm der sozialistischen Parteien zu identifizieren, und der Bürger schießt nach links, ehe er sein Interesse wahrnimmt. Von einer klassenkämpferischen Spannung ist nicht die Rede - weder "oben" noch "unten". Das läßt der Notstand nicht zu : solche Fehden brechen nur aus, wenn der Streitwert höher ist.

Die Sehnsucht geht nach einer Verbesserung der Verhältnisse. Immer mehr Parteien sind auf den Plan getreten, und jede davon hat ein

Programm, und wo es ermanzelt, wird die Lücke durch Worte und Phrasen überzogen. Sind es Programme, auf deren Erfüllung die Menschen warten - oder dienen sie dazu, den Funktionären eine Folie zu geben? Vielleicht ist es der Gewinn dieser Umfrage, daß sie gezeigt hat, in welcher zersplitterten, gestaltlosen Weise diese Programme beim Einzelnen landen. Sie ergreifen ihn nicht, und er versteht sie nicht. Weil er zu unpolitisch ist? Oder weil er zuviel Politik erfahren hat?

Das Experiment, die Figur des Deutschen durch Ermittlung gewisser Umrisse darzustellen, bliebe unvollständig, wenn die folgende Frage unterlassen worden wäre.

---

"Finden Sie es richtig, daß jede Partei versucht, ihr Programm durchzusetzen, oder wünschen Sie, daß sie sich zu einem gemeinsamen Kräfteinsatz verbinden, um unsere wirtschaftliche und finanzpolitische Unabhängigkeit zu erringen?"

Für gemeinsame Aktion .....	78 %
Für Durchsetzung der Parteiprogramme ...	13 %
Unentschieden .....	9 %

---

Viele Möglichkeiten bieten sich an, dieses Resultat zu interpretieren. Was ist gemeint?

"Programme sind immer einseitig und werden dem Leben nicht gerecht. Je treuer eine Partei ihrem Programm ist, für desto unfähiger halte ich ihre Politik" - Frau eines Beamten, unter 30 J., Nordrhein-Westfalen.

"Wir sollen alle an einem Strang ziehen" - Arbeiter, 50-65 J., Bayern.

"Von jedem das Gute nehmen und nicht stur mit dem Kopf durch die Wand" - Landarbeiter, 30-50 J., Bayern.

"Eine kameradschaftliche Zusammenarbeit wäre richtiger, und das Volk würde wieder mehr Vertrauen haben, wenn es sähe, daß die einzelnen Parteien in Eintracht wirken" - Angestellter, 30-50 J., Niedersachsen.

"Das Volk lebt nicht von einem Parteiprogramm" - Arbeiter, über 65 J., Rheinland-Pfalz.

"Daß sich alle Parteien madig machen, darunter leiden wir am meisten" - Angestellte, 30-50 J., Berlin.

Mehr als drei Viertel der Versuchspersonen wünschen solche Einheit, und in keinem Falle wird auch nur erwogen, daß es das Wesen der Parteien ist, verschiedene Meinungen zu haben und zu verfechten. Ein unpolitisches Volk? Das Ideal, mit geschlossener Kraft auf ein Ziel zu dringen, lebt weiter - und es könnte, würde nur der Versuch unternommen, die große Gemeinde hinter sich bringen.

Verschiedene Wege wurden gegangen, um das Verhältnis der Majorität zu den Organisationen herauszufinden. Vielleicht war dieses indirekte Verfahren besonders geeignet; denn die Meinung, daß alle Parteien das gleiche Ziel anstreben sollten, kann ja nur dort vertreten werden, wo kein entschlossenes Einverständnis herrscht. Der Wunsch nach gemeinsamer Aktion vertritt die Kritik: bei 78 v.H. der Befragten.

Hier debütiert ein charakteristisches Merkmal. Während die Aufgliederung der Durchschnittszahlen sonst Hinweise lieferte, Anhaltspunkte für die Entblätterung des Geheimnisvollen gab, treten jetzt keine Unterschiede mehr auf; die Geschlechter trennen sich nicht, die Generationen sind auf einer Linie, die Volksschüler stimmen wie die Abiturienten, und wer 500 Mark verdient, hängt demselben Traum nach wie der Nebenmann mit 150 Mark.

"Das wäre zu schön, um wahr zu sein", bemerkt ein Arbeitsloser aus der Pfalz, über 50 Jahre alt. "Eine Opposition ist auch ganz fruchtbringend", sagt ein etwas jüngerer Schreiner aus Württemberg. "Sonst bekämen wir ja eine Diktatur", erklärt eine Flüchtlingswitwe aus Schleswig-Holstein. Und ein junger Landwirt aus Baden: "Vielleicht ist es hier wie im Geschäft, daß die Konkurrenz zu besseren Leistungen anspornt".

Die Freien Demokraten sind zu 8 v.H. für "Durchsetzung der Parteiprogramme" - die Kommunisten zu 54 v.H., und die Sozialdemokraten reden zu 69 v.H. einer "gemeinsamen Aktion" des Wort, die CDU-Anhänger zu 79 v.H. - wieviel Bereitschaft, würde man sagen, wenn der Wille derer, die nur wählen, aber nicht bestimmen, auf höherer Ebene in Erscheinung treten könnte.

## A N H A N G .

Zum Abschluß der Untersuchung wurde nochmals ein dem Tagesgeschehen verknüpftes Thema aufgenommen.

Die Fragestellung lautete: "Bekanntlich hatte der Parlamentarische Rat entschieden, daß Bonn die künftige westdeutsche Bundeshauptstadt werden soll. Dagegen sind viele Einwände, auch finanzieller Art, erhoben worden. Sind Sie der Meinung, es soll nun bei Bonn bleiben, oder würden Sie es für richtig halten, daß die Frage beim Zusammentritt des Bundesparlaments noch einmal aufgerollt wird?"

Es soll bei Bonn bleiben .....	38 %
Die Frage muß neu aufgerollt werden ..	35 %
Unentschieden .....	17 %
Gleichgültig .....	10 %

Diese Durchschnittswerte ergeben jedoch ein unzulängliches Bild, da in den einzelnen Ländern stark voneinander abweichende Ergebnisse erzielt wurden. Erwartungsgemäß traten die Gegensätze zwischen den rivalisierenden Ländern Nordrhein-Westfalen und Hessen (sowie Berlin) besonders schroff zutage.

---

	Bonn bleiben	Neu aufrollen	Unent- schieden	Gleich- gültig
Nordrhein-Westfalen .....	54 %	21 %	17 %	8 %
Hessen .....	9 %	72 %	11 %	8 %
(Berlin) .....	10 %	68 %	16 %	6 %

---

Aber nicht nur Nordrhein-Westfalen, sondern die Länder der britischen Zone überhaupt setzten sich sehr entschieden für die Bonner Lösung ein, was sich auf die Tendenz des Gesamt-Resultates auswirken mußte, da die britische Zone an der Gesamt-Bevölkerung des Bundesgebietes einen bedeutenden Anteil besitzt.

---

	Bonn bleiben	Neu aufrollen	Unent- schieden	Gleich- gültig
Schleswig-Holstein .....	55 %	17 %	14 %	14 %
Niedersachsen .....	43 %	29 %	16 %	12 %
Hamburg, Bremen .....	43 %	32 %	17 %	8 %
Nordrhein-Westfalen .....	54 %	21 %	17 %	8 %

---

In den süd- und südwestdeutschen Ländern kommt die Ansicht, das Bundesparlament müsse die Frage noch einmal aufrollen, kräftiger zum Ausdruck.

---

	Bonn bleiben	Neu aufrollen	Unent- schieden	Gleich- gültig
Bayern .....	26 %	41 %	19 %	14 %
Hessen .....	9 %	72 %	11 %	8 %
Württemberg-Baden .....	30 %	42 %	22 %	6 %
Rheinland-Pfalz .....	45 %	26 %	20 %	9 %
Südwestfalen-Baden .....	33 %	32 %	16 %	19 %

---

Von der Befragten-Gruppe, die sich für eine erneute Behandlung der Frage des Bundessitzes vor dem westdeutschen Parlament entschied, sind im einzelnen für folgende Regelungen :

---

Frankfurt soll Bundessitz werden .....	21 %	
Berlin .....	8 %	
Anderer Städte .....	2 %	
Die billigste Stadt .....	4 %	35 %

---

Die Untersuchung zeigt, daß die Debatten um die Bundeshauptstadt zwar stark abweichende, aber doch deutlich fixierte Meinungen ausgelöst haben. Sieht man auch davon ab, daß die Bonner Lösung vor allen Dingen in den norddeutschen Ländern befürwortet worden ist, so bleibt doch zugleich die Tatsache bestehen, daß auch in den übrigen Gebieten ein gewisser Konformismus mit dieser Regelung besteht. Hier tritt gewiß die Haltung der CDU-Wählerschaft deutlich in Erscheinung, darüber hinaus aber auch ein Einverständnis mit den "fertigen Tatsachen" an sich.